

***Ich bin ein Täter!  
Du bist ein Täter!  
Wir alle sind ohne Wahlfreiheit Mitglied  
eines Volkes von Tätern!***

*Tristan Abromeit*

*November / Dezember 2003*

Anhang

(Seitenangaben beziehen sich auf das Dateivormat sdw.)

A 1 / Der Fall Hohmann Die vielen Facetten des Antisemitismus Sibylle Hoffmann / Deutschlandfunk / 13. 11. 2003 .....	3	
 A 2 / Kommunalpolitik		
A 2 a <b>Anmerkung</b> von T.A. 12 / 03 .....	10	
A 2 b <b>Die kommunale Musikschule ist tot! Es lebe die freie Musikschule!</b> 11 / 03		
A 2 c <b>Kommunalisierung der Musikschule</b> 11 / 88 .....	11	
A 2 d <b>Die Botschaft höre ich wohl, doch allein mir fehlt der Glaube</b> 11 7 03 .....	14	
A 2 e Bürger vertrauen Politikern nicht (Leine-Zeitung vom 3. 12. 2003 .....	16	
A 2 f Ehrlichkeit ganz oben auf der Wunschliste (L-Z v. 3. 12. 03) .....	16	
 A 3 Weltfriedenspreisträger Ivar Buterfas kämpft gegen das Vergessen (Leine-Zeitung vom 14. 11. 2003) .....		17
 A 4 „Israel ist zur Geisel seiner illegalen Siedler geworden“ IM GESPRÄCH / ABDALLAH FRANGI (HAZ 28. 11. 03) .....		18
 A 5 Dichtung und Wahrheit Ein Lexikon erregt Aufsehen: Es weist bekannte Germanisten als Mitglieder der NSDAP aus. Waren sie es, ohne es zu wissen? Was lernen wir daraus? Fragen und Antworten. (HAZ 28. 11. 03) .....		19
 A 6 ALLES FASCHISMUS? - oder warum HITLER kein Faschist war (e s p e r o Nr. 38 , 12 / 03) .....		21
 A 7 Toleranz und Wahrheit in der Religion Gustav Mensching (Aus Politik und Bildung 1964) .....		23
 A 8 Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) Blick in die Zeit / 4. Dezember 2003		
A 8 a Die Rückkehr des „hässlichen Deutschen“ Eine antideutsche Welle rauscht durch Polens Blätterwald .....	32	
A 8 b Cohn-Bendit publiziert Antisemitismusstudie .....	33	
A 8 c Mit zweierlei Maß gegen Juden und Israel? Israels Regierung sieht sich als Opfer wachsenden Antisemitismus - und warnt vor einer neuen Allianz von Extremisten. ....	33	
 A 9 „Genfer Initiative“ nährt Friedenshoffnungen in Nahost (HAZ 2.12. 03) .....		35
 A 10 Die Juden als Patrioten (HAZ und EZ 1983) .....		37
 A 11 Ein Brief aus Haifa vom 10.4.1982 .....		40

## Deutschlandfunk

Hintergrund Politik  
13.11.2003

### Der Fall Hohmann Die vielen Facetten des Antisemitismus

Sibylle Hoffmann

Die Rede des Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann hat zum wiederholten Mal eine heftige Diskussion über Antisemitismus ausgelöst. Wenige Stichworte in Deutschland rufen so starke Auseinandersetzungen hervor wie der "Antisemitismus". Schnell wird hierzulande - oft zu recht, manchmal auch voreilig - der Vorwurf erhoben, jemand sei Antisemit oder äußere sich zumindest antisemitisch. Der im Frühsommer verstorbene FDP-Politiker Jürgen Möllemann, der US-amerikanische Philosoph Ted Honderich, der Schriftsteller Martin Walser und - der jüngste Fall - der CDU-Parlamentarier Martin Hohmann.

Sie alle werden des Antisemitismus bezichtigt. Sie machen Schlagzeilen und entfalten öffentliche Wirkung. Aber nicht nur auf den Titelseiten, auch in kleineren Meldungen wird der Vorwurf immer wieder erhoben, dieser oder jener, dies oder das sei antisemitisch.

*Mit Antisemitismus bezeichnet man die feindselige bis hasserfüllte Einstellung und Verhaltensweisen gegenüber Juden, nicht aber gegenüber anderen semitischen Völkern wie den Arabern.*

heißt es in dem von Hanno Drechsel und anderen herausgegebenen "Lexikon der Politik". Und weiter:

*Insgesamt lassen sich drei Phasen der Juden feindlichkeit und Judenverfolgung unterscheiden; 1. der vorwiegend religiös begründete Antijudaismus, der bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts reicht; 2. der sozial und ökonomisch, aber auch schon rassistisch argumentierende, der in der Mitte des 19. Jahrhunderts aufkommt; 3. der rassistisch begründete, der im Holocaust, dem Judenmord im dritten Reich gipfelte.*

Letzteres liegt nun sechzig Jahre zurück. Auch wenn die Ideologie, die zum Holocaust führte, in den letzten Jahrzehnten auf immer größere Ablehnung stieß, hält sich der Antisemitismus dennoch hartnäckig - als Gefühl, als oft schwammiges Gedankengut und in antijüdischen, rassistischen Aus- und Überfällen.

Daniel Haw, der heute 45jährige Leiter des jüdischen Theaters in Hamburg erzählt, dass er mit 20 Jahren das erste Mal als "Judenbengel" beschimpft worden sei.

*Dasselbe ist mir vor einem Jahr passiert. Ging ich auf der Straße und trug die Kippa - also unsere religiöse Kopfbedeckung, mir schrie ein Jugendlicher aus einer Gruppe nach - ich weiß nicht was das für eine Gruppe war - Judensau. Ich sehe, dass es ne Gruppe war. Ich wusste, dass es gefährlich war, ich bin trotzdem losgelaufen, weil ich hätte nicht damit leben können. Wir müssen uns wehren. Das haben wir gelernt aus der Shoa. Also bin ich da rein gerannt. Damit haben sie nicht gerechnet, sind weg. Und dann war auf Seiten der Jugendlichen Panik. Es löste sich so auf, aber ich bin allzeit bereit. Also das weiß man schon, dass man bereit sein muss.*

Antisemitische Übergriffe nehmen zu und nicht ab. Im Frühjahr wurden orthodoxe jüdische US-Amerikaner auf dem Kurfürstendamm geprügelt. Ein Israel-Deli, ein koscheres Lebensmittelgeschäft in Berlin-Reinickendorf, musste schließen, nachdem dessen Besitzer beleidigt, schikaniert und bedroht wurde und dem nach und nach auch die deutsche Stammkundschaft wegblieb.

Immer wieder gibt es Berichte von einem regelrechten Nazi-Nostalgietourismus. Grund dafür ist oft nicht das historische Interesse an den Orten, sondern inhaltliche Nähe zu den Ereignissen, die die Orte historisch werden ließ. Einer der Orte ist Peenemünde.

Dort wurde die einstige Heeresversuchsanstalt nach der Wiedervereinigung 1990 in sehr kurzer Zeit zu einem Wallfahrtsort - ähnlich dem einstigen "Führersperrgebiet" am Obersalzberg oder dem Grab des Führerstellvertreters Rudolf Hess.

Im September wurde ein Anschlag auf die neue Münchner Synagoge gerade noch rechtzeitig verhindert.

Es gibt einen sehr breiten gesellschaftlichen Konsens in Deutschland, nach dem Antisemitismus als eine Form des Rassismus geächtet sein muss. Dies wird dadurch unterstrichen, dass das Tragen von Nazi-Emblemen, das Hinschmieren von Nazi-Graffiti und gewalttätige Übergriffe auf jüdische Gedenkstätten und Friedhöfe Straftaten sind.

Gegen die unverhohlenen, aggressiven und handgreiflichen Judenfeinde, gegen oft junge und verblendete Neonazis, wird etwas getan, wo nötig mit den Mitteln der Polizei und der Justiz, wo möglich mit Information und politischer Weiterbildung.

Aber wird auch genug getan? Und ist das, was getan wird, auch wirksam genug? Je geringer der Erfolg im Kampf gegen den realen, aggressiven oder auch nur rüpelhaften Antisemitismus in Deutschland ist, desto heftiger und unerbittlicher wird der Kampf gegen Antisemitismus unter deutschen Intellektuellen ausgetragen. Wird eine Geisteshaltung, eine politische Meinung für antisemitisch gehalten, wird sie entlarvt und gegeißelt. Der Protagonist muss in

der Regel abtreten.

Gelegentlich fällt das Urteil so schnell, dass nur wenige die Argumentationslinien genau verfolgen. Ein Beispiel dafür ist der Fall des CDU-Abgeordneten Martin Hohmann. Er hatte in seiner Feiertagsrede zum 3. Oktober "auch beim jüdischen Volk" eine "dunkle Seite" ausgemacht - nämlich die, so Hohmann, dass Juden in der russischen Oktoberrevolution eine zentrale Rolle gespielt hätten.

Und weiter:

*Auch bei der revolutionären sowjetischen Geheimpolizei, der Tscheka, waren die jüdischen Anteile außergewöhnlich hoch.*

Zar Nikolai II. sei von einem Juden ermordet worden. Das "jüdische Volk" habe im Namen von Bolschewismus und Revolution gegen das Zarenregime gekämpft und Tausende Menschen ermordet.

Hohmann:

*Daher könnte man Juden mit einiger Berechtigung als Tätervolk bezeichnen.*

Für diese Aussage wurde der 55jährige Hohmann öffentlich und innerparteilich des Antisemitismus bezichtigt - mit der Konsequenz, dass er nun, da er die Forderung nach inhaltlicher Distanzierung abgelehnt hat, aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der hessischen CDU ausgeschlossen werden soll.

Die Bemerkungen des ehemaligen Kriminaloberkommissars Hohmann bergen noch viel gefährlichere Haken als seine im Konjunktiv formulierte Unterstellung und seine lückenhafte Aufrechnung von Mordtaten - denn dass das Zarenregime genauso wie der Bolschewismus mörderisch war, sagte der Bundestagsabgeordnete nicht. Schuldig an Mord und Holocaust waren Hohmanns Meinung nach nämlich jene, die gar nicht wirklich an Gott glaubten, also jüdische Bolschewisten und unchristliche Nationalsozialisten.

*Daher sind weder "die Deutschen" noch "die Juden" ein Tätervolk.*

Dieser Gedanke führte Hohmann am Ende seiner Rede zu dem Schluss,

*dass der Vorwurf an die Deutschen schlechthin, Tätervolk zu sein, an der Sache vorbeigeht und unberechtigt ist.*

Das suggeriert, die Deutschen müssten sich mit ihrer Schuld am Holocaust gar nicht auseinandersetzen. Hohmann leugnet zwar nicht den Völkermord, wohl aber die Verantwortung der Deutschen dafür, und darin ähnelt er den Neonazis. Die Position des CDU-Mannes geht über einen reinen Antisemitismus weit hinaus. Er wendet sich in seiner Rede nicht nur gegen Juden, sondern gegen alle Nicht-Deutschen.

Die Frage stellt sich immer wieder, ob der Vorhalt des Antisemitismus den Kern der angegriffenen Position trifft. Manchmal ist er zu eng, manchmal aber auch deplaziert. Die Unterscheidung ist oft schwierig, die Grenzen auch fließend.

Beispiel Hamburg: Am 6. April 2002 hatte der Hamburger Professor Willis Edmondson in der britischen Zeitung "The Guardian" einen Aufruf unterzeichnet, der die Europäische Union aufforderte, israelische Kultur- und Forschungseinrichtungen so lange nicht mehr zu fördern, bis Israel den Forderungen der UN-Resolutionen nachkommt und ernsthafte Friedensgespräche mit den Palästinensern aufnimmt. Mehr als ein Jahr später, im Sommer 2003, fielen einige junge Leute, die sich "bad weather" - also "schlechtes Wetter" - nannten, in seine Vorlesung ein und beschimpften ihn deswegen als Antisemiten.

Ich hab es zuerst nicht glauben wollen, und ich war natürlich betroffen, vielleicht war ich ein bisschen verunsichert. Was mir eingefallen ist, ist, dass wenn ich ein Dreißigjähriger gewesen wäre, der gerade seine erste Professur sucht, dann wäre diese kleine Aktion vielleicht nicht ohne Konsequenzen gewesen für meine Karriere.

Ist dies Antisemitismus? Oder ist es eine in der politischen Diskussion zulässige Forderung, die das Ziel hat, einen Beitrag zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts dadurch zu leisten, dass man dem internationalen Recht zum Durchbruch verhilft?

Beispiel Hannover: Dort erhält eine Antifaschistische Arbeitsgruppe an der Universität keine Unterstützung mehr von der Studentenvertretung, dem Allgemeinen Studentenausschuss AStA. Der Gruppe wird vorgeworfen, "strukturellen Antisemitismus" zu befördern, weil sie sich mit dem palästinensischen Widerstand solidarisiert.

Bei den Globalisierungsgegnern, bei Attac, brach ein Streit aus, weil eine Gruppe Waffenlieferungen von Deutschland nach Israel unterbinden möchte. Der Gruppe wird Antisemitismus vorgeworfen. Der Berliner Historiker und Politikwissenschaftler Rafael Seligmann, selbst aktives Mitglied der jüdischen Gemeinde in Berlin, kommentiert derartige Debatten so:

Der Holocaust war kein jüdisches Problem. Er war das Problem des Abendlandes. Die Juden waren die Opfer, das stimmt. Aber wie können Menschen sich so weit von ihren moralischen, von ihren ethischen, von ihren zivilisatorischen Standards entfernen? Das sollte man sich fragen! Und nicht ständig mit Antisemitismus. Der Antisemitismus ist ja zur Waffe verkommen. Das ist ja auch, was Walser gemeint hat, und in dem Punkt hat er recht: Dass man immer bei der kleinsten Anmerkung dem Gegner Antisemitismus vorwirft.

Martin Waiser sagte 1998, als er bei der Verleihung des

Friedenspreises des Deutschen Buchhandels seine Dankesrede hielt,  
er zitterte vor Kühnheit, wenn er sagte:

*Auschwitz eignet sich nicht. Drohroutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule oder auch nur Pflichtübung. Was durch Ritualisierung zustande kommt, ist von der Qualität des Lippengebildes... (Applaus)*

Hier applaudierte das Publikum lebhaft, der damalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, allerdings nicht.

Inzwischen geht die Suche nach Erklärungen für das Entstehen des Holocaust weiter. Anlässlich der immer noch tourenden Wehrmachtausstellung und der Beachtung, die neuerdings auch der Geschichte der deutschsprachigen Vertriebenen geschenkt wird, schrieb die Bielefelder Geschichtsprofessorin Ute Frevert vor wenigen Wochen in der Neuen Zürcher Zeitung :

*Den Aufstieg und die Erfolgsbedingungen des Nationalsozialismus aus der Zeit heraus zu erklären, ihn dabei mit anderen Regimen zu vergleichen, um seine Spezifik genauer ermessen zu können - all das ist keine Verharmlosung, Entschuldigung oder Relativierung.... Genau genommen läuft gerade die moralisierende Ausgrenzung darauf hinaus, die Gegenwart zu entlasten und in der vorgeblichen Sicherheit des Korrekten, Guten und Richtigen einzulullen.*

Das heißt: Der Vorwurf des Antisemitismus lenkt ab vom Thema und mündet rasch in einem Denkverbot.

Stichwortzionismus: Werden israelischen Ministerpräsidenten Scharon kritisiert, sich gegen dessen Politik wendet, der wird nicht selten als Antisemit abgestempelt. Wer die Palästinenser argumentativ unterstützt, gilt erst recht als Antisemit.

Nicht nur in Deutschland, noch stärker in Israel: Als dieser Tage eine EU-Umfrage zum Thema "Irak und der Weltfrieden" bekannt wurde, in der 59 Prozent der befragten Europäer Israel als die größte Gefahr für den Weltfrieden bezeichneten, da gab es einen Aufschrei in der israelischen Öffentlichkeit. Die Erklärung war für die Medien in Jerusalem und Tel Aviv ganz einfach: der europäische Antisemitismus. Noch einmal Willis Edmondson:

*Die Gefahr besteht, dass irgendwelche berechtigte Kritik an Israel wird sofort kategorisiert, und weil wir Deutsche sind: Das war's. Dieser Begriff in sich ist ein Argument. Und das ist, finde ich, absolut schrecklich. Okay, wir haben in unserer Geschichte ganz schreckliche Sachen gemacht, vor allem gegen Juden. Aber was in Israel abläuft, darf nicht unter dem Teppich liegen, darf nicht vergessen werden. Und wir müssen vorsichtig sein, dass wir auch als Deutsche instrumentalisiert werden zur Berechtigung dieser unmenschlichen Handlungen, die in den besetzten Gebieten fortgesetzt werden.*

Der Politologe Seligmann stellt dazu noch eine Grundsatzfrage:

*Warum nimmt Deutschland so starken Anteil am arabisch-israelischen oder israelisch-palästinensischen Konflikt? Weil es teilweise entlastet - psychologisch verständlich - wenn man sagen kann: Schaut! Auch die Opfer begehen Untaten. Natürlich begehen auch die Opfer Untaten, die Juden nicht weniger als alle anderen.*

Der FDP-Politiker Jürgen Möllemann versuchte, sich als Nahostexperte politisch zu profilieren. Mit seiner palästinenserfreundlichen Position zog er sich den Vorwurf zu, Antisemit zu sein. Er griff Michel Friedman, damals neben seinem Ehrenamt im Zentralrat der Juden noch Talkmaster im Fernsehen, sehr persönlich an: Friedman sei so unsympathisch und vertrete seine Position so, dass er damit de facto einen Beitrag zum Antisemitismus leiste. Möllemann wollte, so vermuteten damals viele Kommentatoren, Stimmen aus dem rechten Lager gewinnen.

Vor dem historischen Hintergrund muss in Deutschland eine besondere Sensibilität bei der Kritik an Juden wie auch bei der Auseinandersetzung mit der Politik des Staates Israel walten. Die Trennung der beiden Sachverhalte - Kritik an Juden und Kritik an Israel - ist in der öffentlichen Debatte oft schwer. Paul Spiegel, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, betont gelegentlich, er sei nicht Botschafter des Staates Israel. Aber er fühlt sich dennoch oft in der Rolle, Kritik auch an Israel zurückweisen zu müssen, wenn diese Sensibilität nicht beachtet wird. Manchmal aber wirkt diese Sensibilität auch übereifrig. Manchmal trübt sie den Blick.

Michel Friedman hat sein Amt im Zentralrat der Juden in Deutschland und auch seine Tätigkeit als Fernseh-Talkmaster einstellen müssen, weil er wegen Drogenbesitzes verurteilt wurde und Verbindungen zu Prostituierten bekannt wurden. Die Heftigkeit der Diskussion über den Fall Friedman zeigt, wie die Gemüter aufgewühlt waren, auch bei professionellen Kommentatoren, nicht nur an den Stammtischen. Spielte Friedman als Talkmaster die Rolle des scharfen Moralisten, so erwartete man von ihm - gerade von ihm - dass er sich persönlich anständig verhalte - Oder erwartete man das gerade vom Juden Friedman? Bettina Gauss, Kommentatorin in der Tageszeitung, schrieb:

*Die einen mögen Friedmans aggressive Überheblichkeit nicht, andere lehnen seine konservative Grundhaltung ab, und ganz viele können ihn nicht leiden, weil er Jude ist und trotzdem nicht demütig. Er hätte wissen sollen, dass gerade er sich nicht angreifbar machen durfte.*

Durfte Friedman sich nicht angreifbar machen, weil er Jude ist und demütig sein sollte? Wie demütig muss man sein, um sich nicht angreifbar zu machen? Ist der Angreifer deshalb im Recht, weil sein Gegenüber nicht demütig ist?



Die Presseorgane haben sich gegenseitig Schulter klopfend bescheinigt, dass sie sehr sorgfältig und vorurteilsfrei im Fall Friedmann geurteilt hätten. Bettina Gauss aber berichtet nicht vom bewussten, aggressiven Antisemitismus, sondern von den unterschweligen Erwartungen. Auch die Unachtsamkeiten des Unbewussten, die dort verklemmt liegenden Vorurteile, verwirren.

So verarbeitet die deutsche Gesellschaft immer weiter ihre Geschichte. Am Thema Judentum lernt sie erst langsam, zwischen wirklichem oder vermeintlichem, ideologischem oder manifestem Antisemitismus zu unterscheiden. Wem wird wo Antisemitismus zu Recht und wo zu Unrecht vorgeworfen? Und warum? Noch ein Mal der Politologe und Historiker Rafael Seligmann:

*Der Völkermord war so furchtbar, dass er unser Vorstellungsvermögen bis heute überschreitet. Das ist gut so, weil kein Mensch sollte sich so was vorstellen können. Die Ursache des Völkermordes war der Nazismus. Und wenn man jemanden diskriminieren will, dann nennt man ihn Nazi. Und dann nennt man ihn Antisemit. Und je mehr der Völkermord mit zeitlichem Abstand ein bisschen seinen Schrecken verliert, desto mehr wächst die Lust, den Gegner, ob links oder rechts, zu diskriminieren, indem man ihn in die Nähe der Mörder stellt. Und daher nimmt die Inflation der gegenseitigen Antisemitismus-Beschuldigungen zu.*

Noch ein Stichwort: Ted Honderich. Der US-amerikanische Philosoph ist Autor des Buches "Nach dem Terror". Micha Brumlik, der Leiter des Fritz Baur Instituts für die Erforschung der Geschichte und Wirkung des Holocaust, kritisierte es heftig. Honderichs Buch war zwar bereits in Universitätsverlagen in Edinburgh und New York lektoriert worden, aber Brumlik machte darin sachliche Fehler und vor allem Antisemitismus aus. Brumlik las darin einen Aufruf zu Selbstmordattentaten. Die Folge: Der Suhrkamp Verlag nahm die deutsche Übersetzung vom Markt. Die New York Times dagegen hatte Honderichs Zugang zu diesen heiklen Fragen gelobt:

*Wie können wir Grausamkeiten gegen andere bewerten? Gibt es eine Maßeinheit dafür? Gibt es überhaupt noch einen Unterschied zwischen Krieg und Frieden? Um ins Zentrum dieser Fragen zu gelangen, kann man nichts Besseres machen, als "Nach dem Terror" von Ted Honderich zu lesen.*

Das Wallstreet Journal wiederum fand, Honderich sei ein Fossil aus der Lehnstuhl-Linken.

In den USA also schieden sich an Honderichs Buch die Geister. Sie taten es mit Verve und Wortgewalt. In Deutschland fehlt gerade diese Diskussion, wie der Völkerrechtler Norman Paech bedauert. In

Honderichs Buch gehe es überhaupt nicht um Juden, Israelis oder Palästinenser, findet er, sondern allein um Terrorismus in allen seinen Varianten, die allesamt, so Paech weiter, "völkerrechtlich inakzeptabel, aber vielleicht politisch verständlich" seien. Indem das Buch nun wegen Antisemitismus vom Markt genommen ist, sei die Diskussion blockiert, beklagt der Völkerrechtler. Eine Diskussion, die angesichts des weltweiten Ausgreifens des Terrorismus kontrovers und deshalb ohne Tabus geführt werden müsse.

Ob Hohmann oder Honderich: Die Stigmatisierung als Antisemit dient der Aufklärung nicht. Hinter diesem Stigma eröffnen sich Denkwelten und Ansichten, die zu betrachten und zu bewerten es sich durchaus lohnt - vor allem, um noch viel präzisere Urteile über sie zu fällen.

-----

## **Anhang 2**

### **Kommunalpolitik**

#### **Anmerkung zu diesem Anhang**

Das Chaos in der großen Politik und auf der Mittelebene der Länder hat sich schon lange auf die kommunale Ebene fortgesetzt. Es kann auch sein, daß die kommunale Politik, die im Regelfall nicht über Tellerrand hinaus schaut die große Politik verdorben hat. Wie es auch sei, Ratlosigkeit herrscht überall. In Neustadt will man die städtische Musikschule loswerden. Das ist ordnungspolitisch wünschenswert, taugt aber überhaupt nicht, um die Stadt den Schuld- druck zu nehmen. Ich habe dazu drei Leserbriefe geschrieben. Der erste Leserbrief wurde von der Neustädter Zeitung - ein Anzeigenblatt - veröffentlicht, der zweite Leserbrief (in der Reihenfolge der Wiedergabe), der den Rückblick erlaubt, wurde schon 1988 von der Neustädter Zeitung veröffentlicht. Der dritte Leserbrief, der die Leute ja ermuntern sollte, über den Teller- rand hinaus zuzugucken, wurde, weil nicht genügend lokalbezogen, nicht veröffentlicht.

Die Folgenden Artikel über die Meinungsumfrage von drei Schülerinnen der KGS, die von der Leine-Zeitung mit zusätzlichen Balkengrafiken auf zwei Seiten veröffentlicht wurde, gibt einen Eindruck von der Stimmung unter den Bürgern wieder.

-----

An die Neustädter Zeitung

3. November 2003

## Die kommunale Musikschule ist tot! Es lebe die freie Musikschule!

Teil 1 einer Stellungnahme zu den Sparmaßnahmen des Rates der Stadt Neustadt

Teil 2 „Die Botschaft höre ich wohl, doch allein mir fehlt der Glaube“ folgt

Bezug: Bericht der NZ „Musikschüler blasen den Politikern den Marsch“ vom 1. Nov. 2003 und NZ-Leserbriefe

Die Demonstration der Schüler und Interessenten in der Musikschule habe ich als Beobachter und Chauffeur eigener demonstrierender Kinder als beeindruckend erlebt. Dabei wirkten die Kinder die zu Wort kamen überzeugender als die Erwachsenen. Befremdlich wie immer wirkte aber die Meinungsäußerung der sich meldenden Ratsmitglieder immer genau der Parteigrenzen entlang. Das ist nicht nur widernatürlich, sondern letztlich antidemokratisch. Unklug war es auch, immer nur von der Schließung der Musikschule etc. zu sprechen und nicht von der Wandlung der Trägerschaft oder von der Entlassung aus der Bürokratie und Politikerkungelei. Zu bemängeln ist, daß der Rat und die Verwaltung bisher nicht in der Lage waren, den Bürgern der Stadt Neustadt an Hand aufbereiteten statistischen Materials die Entstehung und weitere Entwicklung der bedrohlichen finanziellen Situation einsehbar zu machen. Um sich nicht ungerechtfertigten Vorwürfen auszusetzen, sollten die Ratsmitglieder den Wählern auch umgehend deutlich machen, welcher geringen Handlungsspielraum sie nur haben und wann in welchem Sachzusammenhang vom Rat Fehlentscheidungen getroffen wurden.

Zu Hause angekommen, habe ich meine jüngste Tochter gefragt, wie sie die Demo empfunden hat. Sie antwortet: Von den Politikern hätten ja nur die ersten drei etwas Richtiges gesagt. Gemeint waren die Wortmeldungen der FREIEN, der UWG und der GRÜNEN, die eine Entlassung der Musikschule aus der kommunalen Trägerschaft ablehnten. Diese Ablehnung ist unter dem Gesichtspunkt, daß sie die finanzielle Situation der Stadt Neustadt nicht wesentlich verbessert, berechtigt. Wenn Ute Lamla von den Grünen in ihrem Leserbrief (NZ vom 29.10.) fragt, was die Mehrheitsfraktionen jetzt veranlaßt, sparen zu wollen, wo doch die miserable finanzielle Situation der Stadt schon seit Jahren bekannt ist, so liegt die Antwort vielleicht darin, daß die SPD und CDU sich in der Situation eines Autofahrers befanden, der auf einen „ausgefahrenen“ Weg ins Dösen gekommen ist und erschreckt eine Gefahrensituation erkennt auf die er instinktiv mit dem Tritt aufs Bremspedal reagiert, ohne daß er prüfen kann, ob die Situation nicht besser mit dem Tritt auf Gaspedal zu meistern wäre. Es ist also falsch, den SPD- und der CDU-Ratsmitgliedern vorzuwerfen, daß sie aufgewacht sind, geprüft werden muß, ob ihre Maßnahmen richtig sind. Würde der Rat sich zum Beispiel so verhalten wie die viele Aktiengesellschaften, die zur Kurspflege Personal kündigen und die Mehrarbeit einfach die verbleibenden Arbeitnehmern auflasten, dann würde sie 25% der städtischen Angestellten nach Hause schicken und nicht nur ein paar Musikschullehrer und Schwimmmeister. Diese Maßnahme hätte ein gewisses Maß an Rationalität, wenn sie auch in einer Situation der Unterbeschäftigung falsch wäre.

Wenn ich mich richtig erinnere, waren von meinen sieben Kindern fünf Schüler der Musikschule. (Die jüngste Tochter ist noch Schülerin und Enkelkinder sind schon nachgerückt.) Soweit ich die MusikschullehrerInnen kennengelernt habe, haben sie meine Sympathie und mein Ohr für Ihre Belange. Ich bin also Nutznießer der Musikschule und ihr Sympathisant. Wir sind aber gerade in unsere heutige problematische gesamtgesellschaftlich und kommunalen schwie-

rigen Lage geraten, weil wir insgesamt zu wenig unsere persönlichen und gesellschaftlichen Interessen auseinander gehalten haben.

Es nutzt auch wenig, wenn wir in einer solchen Situation wie der Leser Klaus-Dieter Drechsler vorrechnet, daß die Musikschüler mit rund 280 pro Kopf und Jahr viel höher subventioniert werden als die Schwimmbadnutzer (die einer Bevölkerungsschicht zugerechnet werden). Die sozialpolitische, die ökonomische und die ordnungspolitische Frage ist vielmehr, wie schaffen wir es, daß die BürgerInnen (und ihre Kinder) die eine Nachfrage nach Bildung und Sport halten (wollen), einen kostendeckenden Preis ohne Subventionen zahlen können. Jede Subvention macht die Bürger ärmer, weil sie diese letztlich plus Umverteilungskosten selber zahlen müssen. Und mit Subventionen läßt sich die kapitalistisch deformierte Einkommens- und Vermögensverteilung nicht korrigieren. Von der Antwort hängt ab, ob wir einmal eine freie, eine marktwirtschaftliche Ordnung entwickeln können, die allen Menschen ein Mindestmaß an sozialer Geborgenheit, Selbstbestimmung und Gemeinschaftsbezogenheit ermöglicht.

Barbera Kunze vom Förderverein der Musikschule Neustadt schreibt in ihrem Leserbrief (NZ 1.11.): „Im Jahre 1988 sind die politischen Vertreter der Stadt Neustadt massiv auf die Musikschule und deren Verantwortlichen zugegangen, diese in die Trägerschaft der Stadt zur Absicherung der Finanzen zu übernehmen.“ Die Absicherung der Finanzen war sicher ein Motiv der Kommunalisierung der Musikschule. In einem Zeitungsbericht vom Januar 1989 heißt es u. a.:

„Die Übernahme der Musikschule in städtische Trägerschaft hat sich nach Ansicht von Herbertz-Stoll für die Lehrer und für die Schüler positiv ausgewirkt. Für die Lehrer bietet die Tatsache, daß sie von der Stadt beschäftigt werden, mehr soziale Sicherheit und für die Schüler somit weniger Fluktuation und mehr Kontinuität in der Ausbildung.“ Ich habe aber meine Zweifel, ob die Initiative vom gesamten Rat ausgegangen ist. Ich vermute vielmehr, daß über die Parteischiene und über die Musikschulvereinsmitglieder, die gleichzeitig Ratsmitglieder oder Angestellte der Stadt waren der Waggon „Risiko“ vom Bahnhof Musikschule zum Bahnhof Stadtverwaltung geschoben wurde. Verwunderlich wäre ein solches Gebahren nicht, denn es gehörte für zu viele Menschen zur Lebensklugheit, Sicherheit in öffentlich-rechtlichen Einrichtungen zu suchen. Und es gehörte aufgrund einer lange nachwirkenden falschen Kapitalismusanalyse zum guten politischen Ton, die Verstaatlichung des gesellschaftlichen Lebens voranzutreiben und und privatwirtschaftliche Regungen als ausbeuterisch zu diffamieren.

In einem Leserbrief wurde unser Bundespräsident Johannes Rau zitiert, der gesagt haben soll, daß die Musik uns erst zum vollständigen Menschen macht. Sind wir nicht genauso unvollständig, wenn uns das Spiel, die Bewegung, das denkende Lesen fehlt. Es gilt nicht das eine gegen das andere auszuspielen. Die Ausbildung aller guten Eigenschaften und Fähigkeiten macht uns vollständiger.

Heinrich Breuner zitiert Johannes Rau mit den Worten: „Politik soll sich zum Teufel scheren, wenn sie nicht das Leben der Menschen menschlicher macht!“. Wie das ermöglicht werden kann, ist die Frage, die viele Bürger heute beschäftigt. Und Bürger sind auch die Mitglieder des Rates. Wenn in der o.a. Finanzausschußsitzung der Fraktionsvorsitzende der SPD, Bodo Messerschmidt, sinngemäß sagte, daß eine Situation eingetreten sei, in der alle Bürger von Neustadt aufgefordert sind, an Lösungen mit zu arbeiten, dann ist das eine Botschaft, die ich gerne höre, aber aufgrund meiner langjährigen Erfahrung und Beobachtung nicht glaube. Es können aber immer Zeichen und Wunder geschehen. Daher mache ich in einem weiteren Beitrag Vorschläge zur Konkretisierung von Messerschmidts Aufruf.

Als Nachlese empfehle ich meinen Leserbrief zum Thema aus der Neustädter Zeitung Nr. 777 vom 28. September 1988. Tristan Abromeit

## **Kommunalisierung der Musikschule?**

Leserbrief zum Thema vom September 1988

Zum Artikel

„Kultur- und Sportausschuß kann allein die Interessen der Musikschule vertreten“  
vom 21. 9. 1988

Welche Gründe gibt es eigentlich, die Musikschule Neustadt zu kommunalisieren? Mir sind folgende eingefallen:

1. Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Musikschule können Ihre Gehälter sicherer machen und eventuell erhöhen.
2. Die Stadtverwaltung (genauer der Stadtdirektor und der betreffende Dezernent) erhält (erhalten) einen Zuwachs an Bedeutung und Macht und bestimmte Stelleninhaber eventuell auch einen solchen des Gehaltes.
3. Der Rat kann das Feld, auf denen er Dinge entscheidet, von denen er keine Ahnung hat, ausweiten.
4. Jene Bürger, die die Leistungen der Musikschule in Anspruch nehmen, können dann Kosten via Stadtkasse auf jene Bürger überwälzen, die aus irgendwelchen Gründen diese Dienstleistungen nicht in Anspruch nehmen wollen oder können.
5. Die nach der Kommunalisierung (dann) ehemaligen Mitglieder der Musikschule können vielstimmig Ihre Einflußlosigkeit auf die Schule besingen.

Wenn dieses Werk vollbracht ist, kann man immer noch verdrängen, daß die Kommunalisierung der Volkshochschule Anfang der 70er Jahre eine bildungspolitische Altlast ist, die spätestens in den 90er Jahren anfangen wird, empfindlich zu stinken. Und man kann sich dann daran machen, folgende Schulen zu kommunalisieren: Jugendkunstschule, Tanz-, Tennis-, Sport- und Segelschulen.

Danach wird sich bei den Bürgern ein Gewöhnungseffekt eingestellt haben, so daß die Kommunalisierung der Gewerbebetriebe in Angriff genommen werden kann. Um mögliche Widerstände zu Beginn dieser Kommunalisierungsphase zu begrenzen, beginnt man diese zweckmäßigerweise mit den Fahr- und Baumschulen. Denn Schulen - werden die Leute denken - waren schon immer eine Sache des Staates. Und um so mehr der Staat macht, um so unbekümmerter können wir unsere Schrebergärten oder den Mardorfer Strand genießen. Danach können sich die politischen Parteien bescheinigen lassen, daß sie mal wieder erfolgreich gegen die eigenen politischen Ziele gewirkt haben.

Tristan Abromeit

An die Neustädter Zeitung

4. 11. 2003

## Die Botschaft höre ich wohl, doch allein mir fehlt der Glaube

2. Teil einer Stellungnahme zu den Sparmaßnahmen des Rates der Stadt Neustadt von Tristan Abromeit

Am Ende des ersten Teils meiner Stellungnahme verweise ich auf Bodo Messerschmidt, den ich so verstanden habe, daß er alle Bürger aufruft, an die Lösung der Probleme der Stadt Neustadt mitzuwirken und nicht nur wie die Leine-Zeitung am 31. 11. vermeldet: „Betroffene sollen Ideen entwickeln.“ Ich unterstelle dem SPD-Fraktionsvorsitzendem im Rat die Größe, die erforderlich ist, um einzugestehen, daß der Rat der Stadt Neustadt in Bezug auf die Finanzprobleme ratlos ist.

Die Skepsis, die in der Überschrift dieses Beitrages zum Ausdruck gebracht wird, ist in fünf von meinen sieben Lebensjahrzehnten gewachsen. Ich kann mich an keinem Fall erinnern in dem Appelle an die Bürgerinnen und Bürger zur Mitwirkung ernst gemeint waren. Die Ausnahmen waren immer Fälle, wo die Parteienherrschaft sich durch das Bürgervotum die Legitimation verschaffen wollte.

Wenn wir zurückblicken, dann gab es in der Geschichte der Bundesrepublik kein Jahrzehnt, in der es keine Untergangsstimmungen gab. Dies sollte uns davor bewahren, bei der Ausschau nach Lösungen für unsere heutigen Probleme hysterisch zu werden. Andererseits: Die Diktaturen, die Weltkriege und die Massenmorde im vorigen Jahrhundert waren keine unvermeidbaren naturgesetzlich Ereignisse. Das Böse in der Welt von gestern und heute ist nur minimal in einem bösen Willen verankert, sondern vielmehr von einem gestaltenden Willen verursacht, der auf ein irrendes Denken aufbaut. Die Leitbilder, die uns das irrende Denken auf die Straße des politischen Handelns gestellt hat, sind es, die uns die Probleme bescheren. Die Überschuldung, die uns drückt, läßt uns noch nicht wie anderen Orts hungern oder gar sterben. Unsere relativ milde Form der Finanzprobleme darf uns aber nicht von den destruktiven Kräften in unserer heutigen Ökonomie ablenken. Ohne tiefgreifende Reformen, die in Berlin nur stümperhaft und mit unzureichenden Mitteln angegangen werden, wird Deutschland und Europa noch vor der Mitte dieses Jahrhunderts wieder in Schutt und Asche liegen.

Helmut Markwort geht im Focus 38/03 unter der Überschrift „Der Rudi Völler in uns allen“ auf die Zustimmung aus den Chefetagen der Politik und Wirtschaft zu Völlers Geschimpfe auf die Nörgler in der Fußballszene ein und schreibt: ... „Sie alle eint der Zorn auf die Kritiker, die Beurteiler, Nörgler, Besserwisser und Fehlersucher.“ ... Diese darin zum Ausdruck kommende Abwehrhaltung der Praxis gegenüber der Kritik - die ja das eigene Gefühl, Gutes zu tun, schützen soll - hat solange eine Berechtigung, wie die Ergebnisse der Praxis einfach überzeugend und zustimmungsfähig sind. Ist aber die Praxis unbefriedigend wie heute, dann ist das für die Theorie kein Anlaß zu triumphieren, denn die Praxis von heute ist die Theorie von gestern.

In dem Artikel „Kapitalismus per Kettenbrief“ von Robert von Heusinger (DIE ZEIT 45/2003) heißt es u.a. „Wer sich um das Wesen des Geldes keine Gedanken macht, wird auch die Krisen nicht beenden können. Die tonangebenden Ökonomen jedoch schweigen dazu oder murmeln

etwas von Strukturreformen. Weil sie die Geldwirtschaft nicht verstehen?“

Der Ex-Ratsherr Reinhard Stichweh wurde in diesen Tagen in der Presse mit dem Hinweis erwähnt, daß er schon frühzeitig auf die Verschuldungsfalle der Stadt hingewiesen hat. Stichweh ist kein Hellseher und sicher auch nicht klüger als der Durchschnitt der Ratsmitglieder, sein Vorteil war, daß er aus anderen Informationsquellen als die übrigen Mitglieder des Rates „geschöpft“ hat. Eines der Bücher, die er zu Rate gezogen hat den Titel „Das Geldsyndrom - Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft“ von Helmut Creutz.

Nun kann der Einwand kommen: Das sind doch keine Themen für den Rat oder die kommunale Politik. Wenn wir zurückblicken, dann sind die politisch- gesellschaftlichen Katastrophen immer durch das Versagen der politischen Zentren ausgelöst worden. Dieses Versagen der Machtzentren wurde aber gefördert durch das Versagen der politischen Dezentralen. In den Kommunen waren die politischen Platzhirschen in der Regel mehr darauf bedacht, ihren Platz dadurch zu sichern, daß sie Weisungen und Zumutungen von oben abnickten und umsetzten, als durch Widerstand das Übel von den Bürgern, die sie angeblich vertreten, fernzuhalten. Meiner Arbeit „Der Rat! Basisorgan eines föderativen Staatsaufbaues oder inkompetenter Erfüllungsgehilfe zentralistischer Macht“, die nach der Ratssitzung vom 3. 10. 1990 entstanden ist, habe ich zwei Zitate als Motte vorangestellt:

*Die Stärke eines Landes wächst von unten nach oben  
und nicht von oben nach unten*

Kurt Biedenkopf CDU in „Report“ am 11. 10. 1990

*Karl Marx, der falsche Antworten gegeben, aber richtige Fragen gestellt habe,  
bleibe aktuell.*

*Es könne nicht angehen, daß sich die reichen Industrieländer - also auch das unsere -  
von denen in der Dritten Welt abschotten wie vor 150 Jahren die 'Manchester-Kapitali-  
sten und Ruhrbarone' von den Nöten der Arbeiter. 'Wenn wir diese Fehler wiederholen,  
wird uns die soziale Revolution in Gestalt der Völkerwanderungen überrollen' warnt*

Heiner Geisler

(„Zu Gast in Hannover: Der Ex-CDU-General“, HAZ, 14. 11. 1990)

Auf Deutschland bezogen ist Neustadt die Dezentrale, die in heilsamer Weise handlungsfähig werden muß. In Bezug auf die Welt ist es die gesamte BRD die Dezentrale, die solches vollbringen muß, dies aber nicht ohne die Provinzen schaffen kann. Wenn trotz guten Willens die Ergebnisse der Politik nur noch Mißvergnügen bei den Bürgern auslösen, dann liegt das meines Erachtens nicht nur an mangelhaften theoretischen Blaupausen, nach der die konkrete Politik gestaltet wird, sondern auch an den politischen Institutionen, die als Baumaschinen eingesetzt werden. Jene Baumaschinen, die wir unter der Bezeichnung „politische Parteien“ kennen, haben offensichtlich so große Mängel, daß sie nur bedingt einsatzfähig sind. Das ist aber kein Grund Parteimitglieder zu diffamieren und es ist auch keine neue Einsicht. Im Laufe der Zeit hat es viele Versuche gegeben, die Produktion der Parteien zu korrigieren. Die Außerparlamentarische Opposition (APO), die Republikanischen Clubs, die Förderung der Einführung von Ombudsmänner, die Nachbarschaftsbewegung, die Grüne Bewegung und weitere, die mir nicht einfallen oder die ich nicht kenne. Auch die von Prof. Peter C. Dienel von der Bergischen Universität Wuppertal entwickelte Methode der Planungszelle / des Bürgergutachtens („Eine Alternative zur Establishment-Demokratie“) muß hier erwähnt werden. Viel politische Korrekturarbeit läuft heute über das Internet.

Wenn die Neustädter sich aber selber helfen wollen, dann müssen sie mehr als Debattierclubs bilden. Die Suche von Problemlösungen ist harte Arbeit, die - wenn sie konkrete Ergebnisse erzielen will - strukturierte Arbeitsformen benötigt. Für die Lösung des Problems „Musikschule“ kann vielleicht der Förderverein die Arbeitsplattform stellen. Ich denke, wenn die Musikschule eine eingetragene Genossenschaft wird, hat sie auch eine Überlebenschance. Für die finanzielle Gesamtproblematik von Neustadt wäre die Gründung eines BürgerKonvents angebracht, die jetzt an vielen Orten entstehen. Wenn ich das richtig sehe, wurde der erste BürgerKonvent von Prof. Meinhard Miegel („Die deformierte Gesellschaft“) angestoßen. ([www.bu-erger-konvent.de](http://www.bu-erger-konvent.de)) Kritische Anmerkungen dazu unter: <http://www.heise.de/tp/deutsch/html/result.xhtml?url=/tp/deutsch/inhalt/te/14811/1.html>

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Der Glaube versetzt mit Hilfe des Wissens auch Schuldenberge. Nicht die Werbung der Volksbanken, aber wir selber können uns den Weg freimachen in eine bessere Zukunft.

-----

*Leine-Zeitung vom 3. 12. 2003*

## **Bürger vertrauen Politikern nicht**

Schülerinnen befragen 158 Neustädter am Markttag - Das Urteil fällt verheerend aus

VON BERND RIEDEL

NEUSTADT. Nicht vertrauenswürdig, nicht bürgernah, sie entscheiden gegen das Wohl der Bürger: Eine verheerend schlechte Meinung haben Neustädter von ihren Kommunalpolitikern. Erfahren haben das Jane Müggenburg, Stefanie Wersig und Ariane Pieper, drei 18-jährige Schülerinnen der KGS.

Für eine Facharbeit in Politik befragten sie nach dem Zufallsprinzip 158 Neustädter am Markttag in der Fußgängerzone: 68 Prozent vertrauen ihren Kommunalpolitikern nicht, 61 Prozent halten sie für bürgerfern und 58 Prozent meinen nicht, dass sie zum Wohl der Bürger entscheiden, obwohl ihnen 39 Prozent immerhin gute Absichten unterstellen.

Die beiden Fraktionsvorsitzenden von SPD und CDU, Bodo Messerschmidt und Werner Rump, sind nicht überrascht, aber doch betroffen über das harte Urteil: Für viele sei Kommunalpolitik bedauerlicherweise nicht transparent genug.

-----

## **Ehrlichkeit ganz oben auf der Wunschliste**

Sparbeschlüsse fördern negatives Bild

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Jane . Müggenburg, Stefanie Wersig und Ariane Pieper haben die Interviewten nach Schulbildung aufgeschlüsselt: Von den 158 Befragten hatten 57 die Hauptschule, 65 die Realschule und 36 das Gymnasium absolviert. Ein großer Teil Befragter taucht in der Statistik gar nicht auf: Rund 40 Prozent aller, die angesprochen wurden, lehnten eine Stellungnahme ab, als sie hörten, dass es um Politik ging.



Starke Auswirkungen haben die jüngsten Sparbeschlüsse auf die Meinungen gehabt. Nach Wünschen an die Kommunalpolitiker gefragt, forderten viele eine Rücknahme der Schließung von Musikschule und Freibädern. „Viele fühlen sich machtlos gegenüber der Politik“, haben die drei Interviewerinnen festgestellt. Auch die Einfädelspuren auf der B 6 wurden genannt. Auf der Wunschliste obenan: mehr Ehrlichkeit.

65 Prozent gaben an, sich nicht in der Politik zu engagieren. Weil es zu wenige Beteiligungsmöglichkeiten gebe. Ein häufiger Vorwurf: Politik sei zu sehr parteibezogen.

*Rump und Messerschmidt haben „keine Patentlösung für dieses Dilemma“. Doch glauben sie, dass zwischen Berufspolitikern und Kommunalpolitikern, die nach Feierabend ehrenamtlich tätig sind, nicht genügend unterschied werde. Bürger sollten sich nicht nur einmischen, sobald ihnen etwas auf den Nägeln brennt, sondern kontinuierlicher: „Rats-, Ausschuss- und Ortsratsitzungen sind öffentlich und bieten die Möglichkeit, sich zu informieren und sich einzumischen.“ Vor der persönlichen Begegnung mit kritischen Bürgern fürchten sich beide nicht: „Wir laden jeden ein, uns anzusprechen oder anzurufen.“ ber*

---

### Anhang 3

*Leine-Zeitung vom 14. 11. 2003*

## Weltfriedenspreisträger Ivar Buterfas kämpft gegen das Vergessen

WUNSTORF. Die elften Klassen des Hölty-Gymnasiums haben gestern Vormittag einen besonderen Geschichts- und Politikunterricht erlebt: Ein Zeitzeuge des Nationalsozialismus hielt einen engagierten Vortrag. Ivar Buterfas (71), Autor des Buches „Sonny Goj“, berichtete über die Verbrechen im Dritten Reich. Zugleich warnte er davor, die von Neonazis ausgehende Gefahr zu unterschätzen: „Brauner Unrat darf keinen Platz mehr in unseren Parlamenten haben.“ Buterfas ist Sonderbotschafter für Jugendaufklärung in Deutschland und erhielt 1995 als erster den Weltfriedenspreis, zweiter Preisträger ist der Dalai Lama. roc

## Buterfas setzt auf die Jugend

Autor verklagt den CDU-Abgeordneten Hohmann wegen dessen Äußerung über die Juden

VON JÖRG ROCKTÄSCHEL

WUNSTORF. „Er hat den sanften Charme einer Planierdraht“, ist über Ivar Buterfas geschrieben worden. Der ist stolz auf die Beurteilung. „Nur durch ständiges Erinnern kann man erreichen, dass sich die Verbrechen der Nationalsozialisten an der Menschheit nicht wiederholen“, sagte er gestern Vormittag vor Schülern des Hölty-Gymnasiums. Buterfas setzt dabei all seine Hoffnung auf die Jugend. Sie sei die Zukunft.

Der Autor ist auf Einladung der Stadt Wunstorf gekommen, um lebendigen Geschichtsunterricht zu erteilen. Sein jüdischer Vater ist im Konzentrationslager umgebracht worden. Seine starke, christliche Mutter ist mit den neun Kindern nach Polen geflohen und nach einer Denunziation wieder nach Hamburg zurückgekehrt. Die Stadt war völlig zerstört.

Sir Arthur Harris, Bomber-Harris genannt, gehört nach Buterfas' Ansicht wie Hitler, Göring und Himmler auf die Liste der Kriegsverbrecher. Zusammen mit Winston Churchill, weil der Dresden bombardieren ließ, als der Krieg längst entschieden war. „Hätte man die Gleise nach Auschwitz zerstört, wären 400 000 Menschen gerettet worden, und nicht 55 000 getötet“, hält er den Siegern vor. Buterfas empfindet tiefen Schmerz, weil Israel Gebiete der Palästinenser besetzt. Er geißelt, dass im Namen von Religionen Kinder bei Sprengstoffattentaten geopfert werden. Buterfas liebt klare Worte. So hat er in aller Welt 30 Millionen Mark für den Wiederaufbau der St. Nikolai-Kirche in Hamburg gesammelt.

Den CDU-Abgeordneten Martin Hohmann hat er wegen der Äußerung über die Juden als Tätervolk verklagt. Damit würden 6,5 Millionen ermordete Juden noch einmal getötet, hält der dem Mann vor. Außerdem gerate Deutschland wegen der Äußerung des „Vollidioten Hohmann“ international in ein schlechtes Licht. „Vor Gericht werde ich das große Bundesverdienstkreuz auf der einen Seite, den Judenstern auf der anderen tragen“, sagte er gestern. Buterfas sagt von sich, dass er deutsch denke und fühle. Deutschland sei zu wichtig, um es braunen Horden zu überlassen.

---

#### Anhang 4

### „Israel ist zur Geisel seiner illegalen Siedler geworden“

IM GESPRÄCH / ABDALLAH FRANGI (HAZ 28. 11. 03)

Der Generaldelegierte Palästinas sieht durch die „Genfer Initiative“ für den Nahen Osten die Friedensbefürworter in der Offensive - und fordert die Israelis auf, sich nicht länger von den jüdischen Siedlern ihre Politik diktieren zu lassen.

Abdallah Frangi gibt sich ganz optimistisch. Was bleibt dem Vertreter eines Staates, dessen trotzig Proklamation aus dem Exil heraus zwar schon Jahrzehnte zurückliegt, der aber auf der Landkarte noch immer keinen Platz gefunden hat, auch anderes übrig? Aber die Zuversicht des Generaldelegierten der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) in Deutschland hat auch aktuelle Gründe: Immerhin haben israelische und palästinensische Friedensbefürworter gerade einen Friedensplan erarbeitet, der die Konturen eines unabhängigen Palästinas umreißt. Viele Details der „Genfer Initiative“ seien zwar noch umstritten, räumte der 59-Jährige am Rande einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung ein. „Aber die Initiative zeugt wenigstens von der Einsicht, dass es besser ist, miteinander zu reden als aufeinander zu schießen.“

Allerdings hält der Genfer Plan große Zumutungen für beide Seiten bereit: Die Israelis müssten endgültig auf Ost Jerusalem verzichten, die Palästinenser auf die Rückkehr aller Flüchtlinge. Kein Wunder, dass Zweifel an den Verwirklichungschancen solcher Vorschläge herrscht - zu einer Zeit, da die israelische Regierung unter Premier Ariel Scharon fast nur

militärisch agiert und auf palästinensischer Seite die Macht über die Sicherheitskräfte statt bei Achmed Kurei, dem Premierminister der Autonomiebehörde, wieder vollends bei deren Präsidenten Jassir Arafat liegt. Dass ihn die Regierungen Israels und der USA als Verhandlungspartner ablehnen, hält Frangi für einen großen Fehler. „Erstens ist Arafat seit 1996 unser gewählter Präsident - und wir hätten ihn längst wiedergewählt, wenn der permanente Ausnahmezustand, in dem Israel uns gefangen hält, uns nicht daran hindern würde“, erinnert Frangi. „Zweitens ist er die Symbolfigur unseres Befreiungskampfes, drittens verfügt er allein über die nötige militärische Erfahrung.“

Auch bei den Israelis mehren sich die Stimmen derer, die auf ernsthaften Verhandlungen dringen, sagt Frangi. 40 Prozent der Israelis befürworten die Genfer Initiative, mehrere frühere Geheimdienstchefs haben öffentlich Scharons Vorgehen in den besetzten Palästinensergebieten kritisiert, mehr als zwei Dutzend Offiziere haben Einsätze in den besetzten Gebieten verweigert.

Umso ernster zu nehmen ist in den Augen Frangis ein Papier des jüdischen Siedlerrats und rechter israelischer Politiker: Es sieht die totale Annexion der Palästinensergebiete vor, will die Palästinenser unter israelischer Vorherrschaft in ein neues „Groß-Israel“ zwingen - und ist trotzdem mit „Friedensplan“ überschrieben. Offenbar sollten dadurch seriöse Friedensgespräche verhindert werden. „Scharon ist durch die Genfer Initiative in Zugzwang geraten.“

Da komme ihm ein Gegenentwurf zupass, durch den seine eigene Haltung als Balance zwischen ernsthaften Friedensplänen und Siedlerinteressen erscheinen könne. „Drei Minister und ein Staatssekretär der derzeitigen Regierung siedeln selbst in den Palästinensergebieten - Israel ist zur Geisel seiner illegalen Siedler geworden.“ Das beklagten zwar auch viele Israelis. „Aber um wieder zu Verhandlungen zurückzukehren, werden wir außer friedenswilligen Israelis auch Druck des Nahostquartetts brauchen - und das besteht außer aus den USA auch aus den Vereinten Nationen, Russland und der Europäischen Union.“

DANIEL ALEXANDER SCHACHT

---

## **Anhang 5**

### **Dichtung und Wahrheit**

Ein Lexikon erregt Aufsehen:

Es weist bekannte Germanisten als Mitglieder der NSDAP aus.

Waren sie es, ohne es zu wissen? Was lernen wir daraus?

Fragen und Antworten. KARL-LUDWIG BAADER (HAZ 28. 11. 03)

War da was? In die Schlagzeilen geriet dieser Tage ein Lexikon, das noch gar nicht auf dem Markt ist und das im Normalfall nur in einer kleinen Fachöffentlichkeit Aufmerksamkeit gefunden hätte. Es enthält Lebensläufe von Germanisten und verzeichnet dabei auch eine eventuelle Mitgliedschaft in der NSDAP - und dabei tauchen auch Namen auf, mit denen man nicht gerechnet hatte. So die Schriftsteller und Literaturwissenschaftler Walter Höllerer, Peter Wapnewski und Walter Jens, die sich in der Nachkriegszeit um die politische Kultur unserer

Demokratie verdient gemacht hatten.

Ohne solche Entlarvungsschmankerl, die immer einen Aufmerksamkeitsbonus haben, wäre es um den Überraschungswert des Werkes wohl nicht so gut bestellt. Dass sich sehr viele Germanisten, die nicht verfolgt wurden oder die Emigration vorzogen, für die Legitimation des Nazi-Regimes einspannen ließen, ist seit Jahrzehnten bekannt. Wie andere Geisteswissenschaftler auch waren viele Germanisten seit dem 19. Jahrhundert in der deutschnationalen Weltanschauungsmanufaktur beschäftigt, die viel nationalistischen Kulturhochmut produzierte. Da dürfte es vielen in wilhelminischer Zeit geformten Germanisten nicht so schwer gefallen sein, sich gleichsam mit Überzeugung der NS-Bewegung anzuschließen - und dann sorgen, wie in allen Zeiten, ja immer auch noch andere Motive für gesellschaftliche Konformität: Opportunismus, Karrierestreben, Ehrgeiz, Anpassung aus Angst.

Es kann ja auch nicht überraschen, dass totalitäre Regime alle Bereiche der Gesellschaft infiltrieren und alle Institutionen für ihre monströsen Ziele mobilisieren. Und alle waren auch beteiligt: Angehörige der Wehrmacht, Naturwissenschaftler, Ärzte, Psychiater, Historiker und Journalisten - die moralische Korruption der Eliten charakterisiert alle totalitären Systeme.

Weit davon entfernt, diese logische Konsequenz zu ziehen, diente der Hinweis auf den totalitären Charakter des Regimes den Eliten nach dem Krieg gleichsam als Auredede: Anpassung war eben unausweichlich, tastete aber die moralische Integrität der Institutionen nicht an. So wurde eine generelle Unschuldsumutung wie eine heilige Gewissheit verteidigt, an die zu rühren als Tabubruch galt. Zugleich geisterte eine diffuse Kollektivschuld durch die Debatten, die irgendwie, alle und damit keinen wirklich belastete.

Je genauer man aber diese Zeit untersuchte und je weniger die Verschleierungsstrategien der Fünfziger gesellschaftlich akzeptiert wurden, je eher musste man begreifen, dass viel mehr Einzelne und Institutionen als (Mit-)Täter an der epochalen Untat der Nationalsozialisten beteiligt waren, als man später wahrhaben wollte. Damit war aber, nur scheinbar paradox, auch die Rede von der Kollektivschuld offensichtlich unsinnig geworden - zumal auch der „kleine“ Widerstand jener bekannter wurde, die über Jahre Verfolgte versteckten. Nun konnte man klarer als vorher die sehr unterschiedlich ausgeprägte Verantwortung einzelner Personen oder Institutionen bestimmen. Im „Fall“ Walter Jens handelt es sich um die Parteimitgliedschaft eines Neunzehnjährigen ...

Dass hier das vermeintliche Sündenregister eines linksliberalen Intellektuellen und Moralisten inspiziert wird, wird so mancher mit Schadenfreude registrieren und die Gelegenheit nutzen, gleich die penible Untersuchung deutscher Schuld als Heuchelei abzutun. Tatsächlich nimmt ein allzu selbstgewisser, stets empörungsbereiter Moralismus viel Raum in unserer Öffentlichkeit ein, es wäre nun Zeit für die genaue Betrachtung des konkreten moralischen Dilemmas, in dem die Einzelnen steckten - Situationen, in die die Nachgeborenen nie geraten werden, sofern diese Demokratie stabil, bleibt.

Freilich: Solche Differenzierungen geraten allzu leicht in den Verdacht, Schuld „relativieren“, also mindern oder gar leugnen zu wollen. Aber die moralische Erschütterung kann historische Erkenntnis, Gesinnung kann Genauigkeit nicht ersetzen. Nachgeborene sollten sieh ohne Selbstgerechtigkeit die konkreten Biografien der älteren Generation ansehen, sollten beurteilen lernen, bevor sie verurteilen. Im Fall von Walter Jens dürfte ihnen das nicht so schwer fallen.

-----

# e s p e r o

Forum für libertäre Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung

[www.utespero.de](http://www.utespero.de)

10. Jahrgang, Nummer 38, Dezember 2003

Peter Bernhardi

ALLES FASCHISMUS? - oder warum HITLER kein Faschist war

Nicht zu Unrecht ist immer wieder moniert worden, daß selbst „gediegene“ Historiker, von Literaten und Journalisten ganz zu schweigen, mit dem Begriff Faschismus politische Spektren abdecken bzw. einbeziehen, die sich von christlich-demokratisch oder christlich-sozial über konservativ, reaktionär, rechtsradikal, rechtsextremistisch bis hin zu neonazistisch einordnen oder eingeordnet werden können.

Es darf vermutet werden, daß man damit (unbewußt?) der These der inzwischen gescheiterten Kommunisten folgt, die früh alle Kritiker und Andersdenkenden, auch in den eigenen Reihen, und ihre tatsächlichen Gegner und Feinde, mit diesem Begriff glaubten abstempeln und entwerten zu können. Am Ende der halbherzig gewagten Weimarer Republik, wurden gar die biederen alten Sozialdemokraten, von der stalinistischen KPD als „Sozialfaschisten“ entlarvt.

Diese dumme Tendenz wurde merkwürdigerweise bis heute auch von anderen Menschen vollkommen unkritisch übernommen, vielleicht aber auch deswegen, weil man mit ihr den politischen Gegner oder Feind so einfach stigmatisieren kann. Man braucht sich zudem nicht der lästigen Mühe zu unterziehen, dessen Ideen, Veröffentlichungen und Programm zu prüfen und zu bewerten. Damm soll hier einmal ganz knapp darge stellt werden, was unter dem Begriff „Faschismus“ ursprünglich eigentlich verstanden wurde.

Als Italien sich nach dem Ende des 1. Weltkrieges, als Verbündeter der siegreichen Alliierten, um die Früchte dieses Sieges geprellt fühlte entwickelte sich eine extrem nationalistische Stimmung im Lande. Ihr Wortführer war der frühere Sozialist Benito Mussolini, mit seinem Kampfbund „Fascio di combattimento“, der 1921 in „Partido Nazionale Fascista (PNF)“ umbenannt wurde. Mit dem Begriff „Faschismus“ knüpfte Mussolini ganz bewußt an die „fascos“ (Rutenbündel) des großen alten Rom an, die das Zeichen der damaligen staatlichen Gewalt waren. Damit stieß er in eine Lücke, die durch den Sturz der alten Autoritäten im 1. Weltkrieg entstanden war.

Mussolini erkannte früh, daß das politisch ungebildete und rückständige Besitz- und Kleinbürgertum tief verunsichert war, nach „Recht und Ordnung“, starker Staatsmacht (autoritärer Führung) und nationaler Größe dürstete. Dem kam er mit seiner autoritären, antidemokratischen, antikommunistischen und extrem nationalistischen Bewegung entgegen. Schon bald nach seinem Erfolg mit dem „Marsch auf Rom“, der ihn 1922 zum Regierungschef machte, wurde der Begriff „Faschismus“, primär von den Kommunisten auf alle politischen Bewegungen ausgedehnt, die ähnliche „Werte“ wie Mussolini vertraten oder zu vertreten schienen.

In konservativen Kreisen des Westens fand Mussolini übrigens überwiegend wohlwollende, zum Teil gar bewundernde Anerkennung.

Es ist einigermaßen unerklärlich, warum sogar der terroristisch-totalitäre Nationalsozialismus in Deutschland, der sein barbarisches Gesicht ja schon kurz nach der Machtübernahme zeigte, ebenfalls unter dem Begriff „Faschismus“ eingeordnet wurde. In Ansätzen war schon zu diesem Zeitpunkt erkennbar, daß der Nationalsozialismus als rassistische Vernichtungsdespotie von Beginn an weit über die Ziele des Faschismus hinauszugehen plante. Auch wenn jüngere Historiker inzwischen „neue“ Schwerpunkte im Nationalsozialismus zu entdecken glauben, geht nach meiner Einschätzung nichts an der Tatsache vorbei, daß der Nationalsozialismus in seiner Programmatik weitestgehend mit Hitlers Weltanschauung identisch war. Ganz wesentliche Säulen dieser Weltanschauung waren Hitlers Rassentheorien und seine Vision vom Lebensraum im Osten. Es dürfte schwerfallen nachzuweisen, daß Mussolini diesen Hirngespinnsten zu folgen vermochte, was ihm ja durchaus positiv anzurechnen ist.

Wenig beachtet wird auch die Tatsache, daß im Mittelpunkt von Hitlers Denken „das Volk“ stand, ganz im Gegensatz zu Mussolinis Staats-Idealisierung.

In Mussolinis Vorstellungen einer ständischen Gesellschaftsgliederung und seinem Festhalten an Monarchie und Kirche sah Hitler nur „konservative Verfallserscheinungen“.

Der Nationalsozialismus war dagegen von mehreren konsequent vertretenen Konstanten geprägt, nämlich:

- 1.) dem radikalen Antiliberalismus und Antiparlamentarismus.
- 2.) dem Führerprinzip in einer auf Befehl und Gehorsam gegründeten verschworenen Volksgemeinschaft.
- 3.) dem Rassismus, der nur den Arier als kulturschöpfende Rasse anerkannte und im Deutschen das germanische Vorvolk mit seinem Anspruch auf die Weltherrschaft sah,
- 4.) dem Antisemitismus, der die Juden als kulturzerstörerische, parasitäre (Unter)- Rasse einordnete und ihr damit das Lebensrecht absprach und
- 5.) dem Militarismus und Imperialismus, als für den Rassenkampf und als künftige Gesellschaftsgrundlage für die Weltherrschaft unentbehrliche Voraussetzungen.

Dieses „Programm“ als bloße Spielart des Faschismus zu bewerten, dient der vollkommenen Verharmlosung eines perfektionierten Terrorregimes, das skrupellos, wo es für die Zielsetzung notwendig erschien, auch Massen- und Völkermord einplante und durchführte.

[Hierzu siehe auch: „Was ist eigentlich Faschismus“ von U. Timm, erhältlich über die ESPERO-Redaktion oder im Buchhandel]

## Anhang 7

Aus dem Sammelband  
**Politik und Bildung**  
Internationaler Arbeitskreis Sonnenberg  
1964

Gustav Mensching

### **Toleranz und Wahrheit in der Religion**

(Abschrift ohne Fußnoten)

(G.M: 1964 ausgewiesen als Professor an der Universität Bonn.)

Wir leben in einer vielfach gespaltenen Welt. Nicht nur die politischen Gegensätze spalten die Welt, leider bringen auch die religiösen Gegensätze eine vielfache Spaltung in die Welt. Wir leben aber zugleich in einer Zeit, in der die großen Religionen in Ost und West miteinander in vielfältige Berührung treten. Sie müssen sich heute miteinander beschäftigen und sich auseinandersetzen. Die Art der Auseinandersetzung der Religionen kann auf sehr verschiedene Weise geschehen. Erstens: Es gibt in der Religionsgeschichte eine wechselseitige Kritik an den religiösen Ideen. So kritisiert z. B. der Buddhismus am Christentum die Idee eines persönlichen Gottes. Das Christentum andererseits vermißt im Hinayana-Buddhismus das Fehlen eines persönlichen Gottesverhältnisses. Der Islam kritisiert am Christentum die trinitarische Gottesvorstellung und nennt sie Polytheismus. Das Christentum andererseits bemängelt die Willkür des islamischen Gottes Allah und die mangelnde Heilsgewißheit usw. Diese Form der Auseinandersetzung wollen wir hier nicht weiter verfolgen.

Zweitens: Wir wollen uns vielmehr mit der prinzipiellen Stellungnahme zu den jeweils fremden Religionen befassen. Diese prinzipielle Stellungnahme kann entweder die der Toleranz oder der Intoleranz sein. Um zu verstehen, was Toleranz und Intoleranz bedeuten, wollen wir zunächst diese beiden Begriffe klären. Ich unterscheide zwei Formen von Toleranz und Intoleranz: es gibt eine formale Toleranz und Intoleranz und andererseits eine inhaltliche Toleranz und Intoleranz.

Damit ist folgendes gemeint: Formale Toleranz bedeutet das bloße Nichtantasten der fremden Religionen. Diese Haltung ist nicht auf den Inhalt bezogen. Der Staat, der Glaubensfreiheit gewährt, übt formale Toleranz. Wenn indessen destolerierte Religion den formalen Rahmen des Staates auf irgendeine Weise sprengt und die Einheit gefährdet, dann schlägt diese Toleranz in eine formale Intoleranz um. Das war beispielsweise der Fall im alten Rom, wo man einerseits viele fremde Religionen duldete, die Christen aber verfolgte, weil sie durch Verweigerung der Opfer für den Kaiser die Staatseinheit gefährdeten. Es ging dabei in keiner Weise um die Wahrheit der Religion, sondern nur um ihre formale Beziehung zur Sakralinstitution des römischen Staates.

Inhaltliche Toleranz und Intoleranz vollziehen sich auf einer anderen Ebene. Es handelt sich hier darum, daß die fremde Religion als echte und berechtigte Möglichkeit der Begegnung mit dem Heiligen anerkannt wird. Das eben nenne ich inhaltliche Toleranz. Inhaltlich bestimmt ist diese Toleranz, weil sie sich nicht auf formale Beziehungen richtet, sondern weil sie es mit der Wahrheit der Religion zu tun hat.

Was aber ist Wahrheit in der Religion?

Im wesentlichen kann man zwei Wahrheitsbegriffe in der Religionsgeschichte unterscheiden. Einerseits kann man Wahrheit als Richtigkeit religiöser Lehren auffassen. Es fragt sich aber, ob diese Auffassung dem entspricht, was die Religionen eigentlich meinen. Ich glaube vielmehr, daß der echte religiöse und ursprüngliche Wahrheitsbegriff eine andere Art von Wahrheit meint, nämlich Wahrheit als religiöse Wirklichkeit. Um zu illustrieren, was hier gemeint ist, erinnere ich an das schöne Bild, das der Zen-Buddhismus gebraucht, wenn er vom Monde der Wahrheit spricht, der sich in klaren und tiefen, aber auch in flachen und schmutzigen Gewässern spiegelt. Immer ist es derselbe eine Mond der Wahrheit, also der göttlichen Wirklichkeit, die in den verschiedenen Religionen sich auf verschiedene Weise bezeugt. Das nenne ich inhaltliche Toleranz.

Nachdem wir nun die Begriffe von Toleranz und Intoleranz geklärt



haben, wollen wir das Auftreten von Toleranz und Intoleranz in den großen Universalreligionen untersuchen. Es gibt zwei groß strukturmäßig verschiedene Formen der Universalreligionen: die prophetische Religion und die mystische. Die prophetischen Religionen etwa von der Art des Christentums und des Islam haben bei aller Verschiedenheit doch eine gewisse Gemeinsamkeit in der Struktur. In allen prophetischen Religionen kennt man einen persönlichen Gott, dessen Wille sich auf die Welt und die Menschen richtet, Propheten beruft und mit göttlichem Auftrag versieht. Dieser Wille Gottes wird von den Propheten in exklusiver Weise verkündet, und auch das persönliche Verhältnis der Gläubigen zur Gottheit ist exklusiv. Diese Grundhaltung hat nun für das Verhältnis der prophetischen Religionen zu anderen Religionen die Konsequenz, daß diese Religionen zur Intoleranz neigen. In einer Sure des Korans heißt es: „Bekämpfe die, welche nicht an Gott und an den Jüngsten Tag glauben und . . . welche nicht die wahre Religion haben“. In ähnlich intoleranter Form verfolgte die israelitische Kirche Jesus; denn auch er erschien dem jüdischen Klerus seiner Zeit sowohl nach der formalen Seite als eine Gefährdung der Institution, als auch in inhaltlicher Beziehung schien er gotteslästerliche Lehren zu verkünden. Aber auch die christliche Kirche der späteren Zeit, die sich als exklusive Heilsanstalt auffaßte, übte jahrhundertlang eine blutige Inquisition. Und Religionskriege waren ebenfalls die notwendigen Folgen jener Grundhaltung.

Während also, wie wir gesehen haben, die prophetische Religion zu einer intoleranten Stellungnahme fremden Religionen gegenüber neigt, kann man sagen, daß der Mystik Toleranz im Blute liegt. Ohne eine erschöpfende Definition des vielgestaltigen Wesens der Mystik geben zu können, sei nur festgestellt, daß das Ziel aller Mystik irgendwie das Eingehen in das göttlich Absolute ist, wobei die Persönlichkeit ausgelöscht wird. Die notwendige Konsequenz aus dieser Grundhaltung ist inhaltliche Toleranz, wie sie uns denn auch allenthalben in der Welt der Mystik begegnet. Dafür einige geschichtliche Beispiele. Der historische Buddha war den Palitexten zufolge ausgesprochen tolerant. Er war zwar der Verkünder einer Heilslehre und betrachtete

sich selbst als bloßen Wegweiser zum Heil, aber dennoch hat er der Lehre selbst keine so große Bedeutung beigemessen, daß er diese Lehre an sich für einen absoluten Wert gehalten hätte, wie es jede streitbare Orthodoxie tut. Buddha hat die Lehre, die er selbst verkündete, aber auch jede fremde Lehre, mit einem Boot verglichen, das nützlich sei, um an das andere Ufer zu gelangen, das man aber nach Erreichung des Zieles nicht mehr weiter mit sich schlepe, sondern am Ufer liegen lasse. Auch betonte Buddha stets, daß Heilslehren nicht auf Autorität hin angenommen werden dürften, sondern stets einer persönlichen Prüfung unterzogen werden müßten, ehe man ihnen folge. Beide Motive: Absolutsetzung einer Lehre und Anerkennung äußerer Autorität werden von aller Mystik abgelehnt. Sie sind aber andererseits zwei wichtige Faktoren, aus denen Intoleranz entspringt. Auch im indischen Hinduismus finden sich von frühen Zeiten an wichtige Motive der Toleranz. Wenn es z. B. in einem frühen Text heißt: „Was nur das Eine ist, das bezeichnen die Seher mit verschiedenen Namen, sie nennen es Indra, Agni, Varuna, Mitra . . .“, so ist in diesen Worten die Überzeugung ausgesprochen, daß die verschiedenen Götternamen nur verschiedene Benennungen des einen, allem zugrunde liegenden Göttlichen sind. Ganz den gleichen Gedanken spricht die *Bhagavadgita* aus, wenn Gott Vishnu dort sagt: „Jene, welche anderen Göttern anhängend, von Glauben erfüllt, ihnen opfern . . ., auch diese . . . opfern nur mir“. Das bedeutet im Sinne meiner Definition „inhaltliche Toleranz“; denn es wird hier auch die fremde Gottesverehrung als echte Möglichkeit der Gottesbegegnung angesehen. Voraussetzung ist freilich, daß die Gottesverehrung im Glauben geschieht und nicht nur äußerlich. So heißt es in einem Wort Vemanas aus dem Telugulande: „Soviele Arten von Gottesverehrung man auch aufzählen mag, Verehrung ohne Glauben trägt keine Frucht“. Aber auch im heutigen Hinduismus ist die gleiche Haltung vertreten. Radhakrishnan schreibt: „Wenn der Hindu die Veden an den Ufern des Ganges rezitiert, wenn der Chinese über den Analeten meditiert, wenn der Japaner die Statue Buddhas verehrt, wenn Europäer von Christi Mittlerschaft überzeugt sind, wenn der Araber

in seiner Moschee den Koran liest und sich der Afrikaner vor einem Fetisch verneigt, dann hat jeder von ihnen den gleichen Grund für seinen Glauben . . . Der Gültigkeitsanspruch jeder Religion gründet sich darauf, daß nur durch sie ihre Anhänger das geworden sind, was sie sind“.

Ganz im gleichen Sinne der Mystik, für die alle rationalen Aussagen über die Gottheit nur relative Gültigkeit haben, sagt Radhakrishnan: „Die überpersönliche und die persönliche Auffassung des Wirklichen stellen den absoluten und relativen Weg dar, die eine Wirklichkeit auszudrücken. Wenn wir den Nachdruck auf das Wesen der Wirklichkeit legen, reden wir von dem absoluten Brahman, wenn wir ihr Verhältnis zu uns betonen wollen, dann sprechen wir vom persönlichen Bhagavan“.

Auch Mahatma Gandhi lehnte jede Dogmatisierung und Absolutsetzung einer Religion mit Entschiedenheit ab: „Ich glaube nicht an die alleinige Göttlichkeit der Veden. Ich glaube, daß die Bibel, der Koran und Zendavesta in gleicher Weise göttlich inspiriert sind wie die Veden . . . Der Hinduismus ist nicht eine Religion, die ausgebreitet werden muß. Er bietet Raum für die Verehrung aller Propheten der Erde“.

Der auf dem Boden des Islam erwachsene Sufismus teilt die Anschauung aller Mystik, daß die unterscheidenden Äußerlichkeiten der verschiedenen Religionen und ihre divergenten Lehrmeinungen bedeutungslos sind gegenüber dem, worauf es allein in der Religion ankommt: der Vereinigung mit der Gottheit. So sagt z. B. der große persische Dichter und Mystiker Dschalal eddin Rumi:

„Erblickst du Gottes Bild im Götzentempelschrein,  
Verehr ihn dort, und laß den Rundgang um die Kaaba sein,  
Denn ist sie nicht vom Duft der Gottvereinigung erfüllt,  
Und haftet dieser Duft am Judentempel, so tritt ein" 8).

Aus dem Bereich der christlichen Mystik seien nur zwei Persönlichkeiten hinsichtlich der Motive ihrer Toleranz betrachtet: Meister Eckehart

und Jacob Böhme. Meister Eckehart drückt den Gedanken, daß es verschiedene Möglichkeiten der Gottesverehrung in der Welt gibt, mit folgenden Worten aus: „Gott hat des Menschen Heil nicht gebunden an irgendeine sonderliche Weise . . . Man soll vielmehr der Leute Weise achten, in der sie eine gute Andacht haben und niemandes Weise verschmähen“.

Auch Jacob Böhme wandte sich wie Buddha gegen die Verbindlichkeit religiöser Lehren, die er - übrigens genau wie Buddha auch - als „Meinungen“ bezeichnet, von denen er sagt: „Der Teufel ist schuld, daß die Völker auf Erden sind uneins geworden und sind in Meinungen geraten . . . und sind mit den Meinungen von Gott fortgegangen.“ Diese Lehrmeinungen sind auch für Böhme nur ein Werkzeug. Wesentlich ist nicht das in diesen Lehrmeinungen angeblich enthaltene Wissen, sondern die religiöse Grundhaltung: „Was zanken wir viel um das Wissen? Ist doch das Wissen nicht allein der Weg zur Seligkeit. Der Teufel weiß mehr als wir ... Daß ich viel weiß, gibt mir nicht Freude, sondern daß ich nach Gott begehre“. Damit wird, wie es in aller Mystik üblich ist, die Religion reduziert auf das inwendige Leben, alles andere ist Bild und bloße Meinung. Gott fragt nach anderem als nach den Bildern und den Meinungen, „er sucht“ - wie Böhme es ausdrückt - „des Herzens Abgrund.“

Von dieser Einstellung aus ist es nur konsequent, wenn Böhme auch fremden Religionen gegenüber inhaltliche Toleranz fordert und selbst übt. Er bedient sich des von der Orthodoxie verwendeten und summarisch alle Nichtchristen zusammenfassenden Wortes „Heiden“, um dann aber diesen abwertenden Begriff aufzuheben: „Viele Heiden, die deine (theologische) Wissenschaft nicht haben, und dennoch wider das Böse streiten, werden vor dir das Himmelreich besitzen. Wer will sie richten, wenn ihr Herz mit Gott übereinstimmt. Ob sie gleich diesen (christlichen Gott) nicht kennen, arbeiten sie doch in seinem Geiste“. Und darum vertritt Böhme zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges, der auch ein Religionskrieg zwischen christlichen Konfessionen war, die These: „Es kann ein Heide selig werden, wenn er sich zu dem leben-

digen Gott wendet und in rechter Zuversicht sich in Gottes Willen ergibt“.

Die Mystiker ahnten in religiöser Intuition, daß in der Tiefe aller Religionen eine letzte Einheit liegt. Die moderne Religionswissenschaft hat diese Ahnung zur Gewißheit gemacht, indem sie in zahlreichen Einzeluntersuchungen nachgewiesen hat, daß es quer durch die Welt der Religionen gemeinsame Strukturformen gibt, Gemeinsamkeiten in den Ausdrucksformen des religiösen Erlebens, Gesetzmäßigkeiten in der Bildung religiöser Gemeinschaften. Es gibt aber auch eine breite Basis gemeinsamer ethischer Werte in den verschiedenen Religionen, was Rudolf Otto veranlaßte, zur Bildung eines religiösen Menschheitsbundes aufzurufen. Diese Idee lebt in dem nach dem Kriege begründeten „Weltbund der Religionen“ fort.

So läßt sich also die von der Mystik von Haus aus geübte und geforderte Haltung der inhaltlichen Toleranz heute geradezu wissenschaftlich begründen, so daß die noch heute weithin intoleranten prophetischen Religionen nicht umhin können, diese Erkenntnisse zur Kenntnis zu nehmen und ihre starre Absolutsetzung der eigenen Religion zu korrigieren.

Behauptet man indessen, daß die Wahrheit der eigenen Religion die angebliche Wahrheit der anderen Religionen ausschließe, so muß demgegenüber gesagt werden, daß Wahrheit in der Religion nicht von der Art der rationalen Wahrheit ist. Daß  $2 \times 2 = 4$  ist, läßt sich beweisen und ist daher jedem verstandesbegabten Menschen mitteilbar. Eine Skepsis dieser Wahrheit gegenüber wäre sinnlos. Religiöse Wahrheit aber läßt sich nicht auf demselben Wege mitteilen. Liebe sie sich so bedingungslos weitergeben, wie jene mathematische Wahrheit, da gäbe es in der Religionswelt nicht das Phänomen des Unglaubens der verkündeten Wahrheit gegenüber, das in allen Religionen bekannt ist. Religiöse Wahrheit ist, wie wir eingangs sagten, Begegnung mit numinöser Wirklichkeit. Sie ist also eine existenzielle Wahrheit, die man erfahren haben muß. Der Wahrheitscharakter religiöser Wahrheit liegt also nicht in der beweisbaren Richtigkeit religiöser Lehrsätze, sondern in der auch durch Lehrsätze und Kultakte hindurch

sich vollziehenden Begegnung mit der Wirklichkeit des Heiligen und im Bestimmtwerden durch sie. Von hier aus ergibt sich die Frage, ob man überhaupt die Kategorien von „wahr“ und „falsch“ auf die Religionen anwenden darf. Sie stammen aus der Sphäre rationaler Erkenntnis. Aber um sie handelt es sich in der Religion nicht. Das soll nicht heißen, daß in der Religion überhaupt keine Erkenntnis vorläge. Bekanntlich spielt der Begriff der Erkenntnis in der Religionsgeschichte an verschiedenen Stellen eine entscheidende Rolle, aber jedesmal handelt es sich sicher nicht um rationale, an den Verstand weitergebbare Wahrheit, die dieser widerspruchslos anerkennen müßte. Daß göttlicher Wirklichkeit nach den verschiedensten Seiten hin und in verschieden tiefer und existenzbestimmender Weise durch die Ausdrucksmittel einer Religion begegnet werden kann, das macht ihre Wahrheit aus. Man sollte deshalb statt von wahrer und falscher Religion lieber von lebendiger und toter Religion sprechen, wobei dann freilich „tote Religion“ ein Widerspruch in sich wäre, da Religion entweder lebendig ist oder nicht mehr Religion ist, sondern nur noch ihr erstarrtes Gehäuse. Mit diesem Verständnis der Idee der Wahrheit in der Religion verträgt sich nun durchaus die Tatsache verschiedener Wahrheitsansprüche und die Praxis einer inhaltlichen Toleranz.

Die Tatsache der Vielheit der Religionen ist für jede Orthodoxie ein Ärgernis, sofern man nämlich jenen rationalen Wahrheitsbegriff im Sinne der Richtigkeit voraussetzt. Wir zeigten indessen, daß verschiedene Wahrheitsansprüche in der Religionsgeschichte nicht im gleichen Maße widerspruchsvoll sind wie verschiedene Lösungen der gleichen Rechenaufgabe.

Das Faktum der Vielheit der Religionen in der Welt läßt sich unter zwei Gesichtspunkten verstehen: von der Seite der Gottheit aus und vom Menschen her. Für das Verhältnis der Gottheit zur Religionswelt zitiere ich Pierre Bayle: „So seltsam und grundverschieden sie auch sein mögen, alle Religionen passen recht gut zu der unendlichen Größe des höchsten vollkommensten Wesens. Dieses wollte, daß die ganze Natur gerade durch ihre Mannigfaltigkeit es in seiner Unend-

lichkeit preise“. So sind die verschiedenen Religionen das in verschiedener Weise und zu verschiedenen Zeiten erfolgende Reden Gottes zu den Menschen.

Die andere Seite ist die vom Menschen aus sich ergebende Notwendigkeit einer Vielheit von Religionen. Der indische Dichter Tagore schrieb: „Können die verschiedenen Religionen nicht ihr verschiedenes Licht für die einzelnen Welten von Seelen leuchten lassen, die es brauchen?“ So entspricht die Mannigfaltigkeit der Religionen der Verschiedenheit der Menschen und ihrer Bedürfnisse. Die Mannigfaltigkeit der Religionen ist Lebensfülle, sie würde durch den Sieg einer Religion über die ändern beeinträchtigt werden.

Da geschichtlich bedingte Menschen nur in bestimmten geschichtlich bedingten Religionsformen mit Welt und Wirklichkeit des Heiligen in Kontakt treten können, bleibe jeder in der Welt, die ihm gemäß ist. Das hat Goethe gemeint, wenn er in einem Bildwort treffend sagt:

„Frage nicht, durch welche Pforte  
Du in Gottes Stadt gekommen,  
Sondern bleib am stillen Orte,  
Wo du einmal Platz genommen.“

## Anhang 8

### Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ)

Blick in die Zeit

4. Dezember 2003

#### Die Rückkehr des „hässlichen Deutschen“

Eine antideutsche Welle rauscht durch Polens Blätterwald

VON THOMAS ROSER

Warschau. Das Zeitalter der Sonntagsreden ist im deutsch-polnischen Nachbarschaftsverhältnis einer frostigen Eiszeit gewichen. Mit der Sorge vor einem angeblich aus Berlin und Paris drohenden „Diktat“ begründet Polens Premier Leszek Miller seinen Widerstand gegen den Entwurf der ‚neuen EU-Verfassung. Der Stadtrat von Warschau hat Anfang November die Einsetzung einer Kommission zur Schätzung der von den Deutschen im Zweiten Weltkrieg verursachten Kriegsschäden beschlossen, um Regressansprüche gegen die Nachbarn auszuloten: Ähnliches wird nun auch in Lodz erwogen. Auch für manche der polnischen Medien scheint der Krieg eher fünf Jahre als knapp sechs Jahrzehnte zurückzuliegen. Selbst Adolf Hitler feierte kürzlich als Sinnbild vermeintlicher deutscher Allmachtsansprüche in einer Karikatur des Wochenmagazins „Wprost“ ein bizarres Comeback.

Noch vor Jahresfrist schien in die historisch belasteten Beziehungen beider Staaten eine gewisse Normalisierung eingetreten zu sein. Mit den 2001 angelaufenen Entschädigungszahlungen an frühere Zwangsarbeiter hatte Berlin endlich begonnen, einen der letzten noch offenen Schuldposten aus dem Zweiten Weltkrieg abzutragen. Nach dem EU-Erweiterungsgipfel von Kopenhagen, bei dem sich Polen vor einem Jahr auch mit Hilfe Berlins endlich den Zugang zu Europas Wohlstandsbündnis ebnen konnte, schien der Weg für die Verwirklichung des lange beschworenen Ideals frei, die deutsch-französische Achse um Polen zu verlängern.

Doch die Zeiten, in denen Deutschland in Warschau als „Anwalt“ von Polens künftiger EU-Mitgliedschaft geschätzt wurde, wirken inzwischen Lichtjahre entfernt. Nach Kopenhagen bewirkten die Turbulenzen des sich anbahnenden Irak-Konflikts bald eine wachsende Entfremdung zwischen den künftigen EU-Partnern. Als allzu willfährig wurde Warschaus energischer Schulterschluss mit Washington in Berlin und Paris empfunden, die Kritik der Partner wurde in Warschau wieder um als arrogant erfahren. Der Streit um die EU-Verfassung, bei der Warschau auf der für Polen günstigeren Stimmverteilung des Nizza-Vertrags beharrt, hat die Kluft zwischen den Mitgliedern des leblosen Bunds des „Weimarer Dreiecks“ noch verstärkt: Statt auf Berlin setzt der mit Abstand größte EU-Anwärter nun auf eine verstärkte Kooperation mit Madrid und London.

Nachhaltig hat das bilaterale Klima aber vor allem die Debatte um die Schaffung eines Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin vergällt, die einst in Deutschland losgetreten wurde - und in Polen völlig aus dem Ruder gelaufen ist, teilweise hysterische Züge trägt. Dass sowohl die Regierung als auch der Bundespräsident sich nach einigem Zögern von der Initiative der Vertriebenenchefin Erika Steinbach mehr oder weniger deutlich distanzieren, wird an der Weichsel kaum registriert. Mit antideutschen Ressentiments versuchen nicht nur patriotische Eiferer politisch zu punkten, auch die polnischen Medien machen damit kräftig Auflage und Kasse.

50 000 zusätzliche Exemplare konnte „Wprost“ verscherbeln, als das Magazin im September



auf seinem Titelbild die umstrittene Erika Steinbach in Nazi-Uniform auf dem Rücken von Bundeskanzler Schröder abbildete. Neben dem konservativen Wochenblatt, das seit Monaten allwöchentlich mit Stammtischparolen polnische Urängste vor dem deutschen Revanchismus zu schüren sucht, ist es derzeit ausgerechnet der polnische „Bild“-Ableger „Fakt“, der mit einer Artikelserie über die drohende Welle von Rückgabeforderungen bei den Bewohnern in den früheren deutschen Gebieten für nachhaltige Verunsicherung sorgt. „Nehmen die Deutschen Polens Bauern ihr Land weg?“, titelte das Springer-Blatt am Wochenende und berichtete von 30 000 Vertriebenen, die sich um die Rückerstattung ihres einstigen Besitzes bemühten. Derartige Schreckensberichte verfehlen ihre Wirkung nicht. Tausende von Polen in Westpommern und Ermland-Masuren wollen vom Staat nun auch die Besitztitel ihrer meist auf Lebenspacht erworbenen Immobilien erstehen.

---

## Cohn-Bendit publiziert Antisemitismusstudie

Der Europaparlamentarier Daniel Cohn-Bendit hat die bisher unter Verschluss gehaltene Studie über Antisemitismus in der EU auf seiner Internet-Seite veröffentlicht. Auch wenn die Studie umstritten sei, halte er eine Nichtveröffentlichung für schädlicher als die Veröffentlichung, begründete der Grünen-Politiker die Publikation. Der im Auftrag der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) erarbeitete Bericht konstatiert ein Anschwellen des Antisemitismus in mehr als einem Dutzend europäischen Ländern im Frühjahr 2002 - parallel zur Eskalation der „Al-Aksa-Intifada“ im Nahen Osten, Die Vorfälle reichen von Attacken auf jüdische Einrichtungen bis zu körperlichen Angriffen gegen Juden. Als besonders alarmierend schildert die Studie eine neue Vernetzung zwischen rechtsextremen Antisemiten, radikalen Islamisten, Globalisierungsgegnern und antiamerikanischen Linksextremisten, die die Kritik an einem „Weltjudentum“ mit Kritik an den Regierungen der USA und Israels verbinden. Erstellt wurde die Studie vom Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin.

Die 105-seitige, englischsprachige Studie ist unter [www.cohn-bendit.de](http://www.cohn-bendit.de) erhältlich. Das

---

## Mit zweierlei Maß gegen Juden und Israel?

Israels Regierung sieht sich als Opfer wachsenden Antisemitismus - und warnt vor einer neuen Allianz von Extremisten.

VON ULRICH W. SAHM

Jerusalem/Berlin. Geplant war eigentlich eine Berlin-Visite von Israels Premier Ariel Scharon. Nun soll wenigstens Natan Scharansky, der israelische Minister für Diaspora-Angelegenheiten, in die deutsche Hauptstadt kommen - zu einem Treffen, das nach seiner Einschätzung ganz im Zeichen eines „neuen Antisemitismus“ in Europa stehen wird.

Der Titel des „5. Europäisch-Israelischen Dialogs“, zu dem an diesem Sonnabend auch der deutsche Außenminister Joschka Fischer und seine spanische Amtskollegin Ana Palacio beitragen sollen, lautet zwar vieldeutig „Kreuzwege und Wegekarten“; doch im Kern, so erläutert Scharansky vor seiner Europa-Reise, werde es um die Grenze zwischen durchaus legitimer Kritik an Israel und der gefährlichen Tendenz zu jenem neuen Antisemitismus gehen.

Falsche Vergleiche und willkürliche Maßstäbe zur „Entlegitimierung“ Israels überschritten diese Grenze. „Vergleiche mit den Nazis und Begriffe wie Kriegsverbrecherregierung haben mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Wer Gaza mit Auschwitz vergleicht vergleicht, weiß nicht, was Auschwitz bedeutet und dämonisiert den jüdischen Staat.“ Außerdem kritisiert Scharansky Tendenzen, Israel das Existenzrecht abzuspochen.

„Hunderte Jahre bedeutete der Antisemitismus eine Entlegitimierung des jüdischen Volkes. In der Sowjetunion war dies die offizielle Doktrin. Heute höre ich in Europa und an amerikanischen Universitäten immer häufiger, dass Israel ein unrechtmäßiger Staat sei, ein Überrest des Kolonialismus.“ Wie Franzosen und Engländer nach Europa heimgekehrt seien, werde da argumentiert, so müssten auch die Juden nach Europa zurückkehren. „Ich weiß nicht, ob das Zynismus ist oder Naivität.“ Zum neuen Antisemitismus gehörten zudem „doppelte Maßstäbe“: In Russland habe es Hunderte Gesetze speziell für Juden gegeben: andere Steuern, Beschränkungen im Niederlassungsrecht, Militärdienst. Der jüdische Staat werde bis heute nach Maßstäben behandelt, die sonst an kein Land angelegt würden, behauptet Scharansky. Als Beispiel nennt er den Umstand, dass ein Drittel aller UN-Resolutionen gegen Israel gerichtet seien. „Alle Diktaturen zusammen von Lybien über Iran bis Nordkorea, wurden in der UN seltener verurteilt als Israel.“ In Ruanda, Kambodscha, Jugoslawien und anderswo seien Kriegsgefangene in Massen ermordet worden. Aber die für solche Fälle zuständige UN-Kommission sei in ihrer ganzen Geschichte nur ein einziges Mal zusammengetreten - und zwar um Israel zu verurteilen.

Jüdische Gemeinden in Europa beklagen sich, für Scharons Politik verantwortlich gemacht zu werden. Die Folge dieser Gleichsetzung seien Anschläge aufgehetzter Moslems auf jüdische Einrichtungen, klagt Scharansky. Ob es weise ist, wenn sich ein israelischer Minister so über Antisemitismus äußert und damit die unselige Verknüpfung bestätigt? „Unsere Feinde haben überzeugend bewiesen, dass sie keinerlei Unterschied zwischen ihrer Doppelmoral gegenüber Juden oder gegenüber Israel machen“, sagt Scharansky dazu. „Wer den Staat Israel dämonisiert, betreibt auch eine Dämonisierung des jüdischen Volkes. Wer dem jüdischen Volk das Existenzrecht bestreitet, der bestreitet auch das Existenzrecht des Staates Israel.“

Scharansky schlägt vor, Kabelgesellschaften zu verbieten, extremistische TV-Sender - etwa „El Manar“ von der libanesischen Hisbollah - zu vertreiben. Diese Forderung will er bei seiner Visite in der deutschen Hauptstadt erläutern, die übrigens nicht sein erster Berlin-Aufenthalt ist: Vor seiner Einwanderung nach Israel saß er als Opfer antisemitischer Verfolgung lange in sowjetischen Gefängnissen. In die Freiheit gelangte er bei einem Austausch von Spionen - über die Glienicker Brücke in Berlin.

-----

## Anhang 9

Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 2. Dezember 2003

# Genfer Initiative" nährt Friedenshoffungen in Nahost

DANIEL ALEXANDER SCHACHT

## HINTERGRUND

Außer bei den Hardlinern auf beiden Seiten ist der gestern präsentierte Friedensplan der „Genfer Initiative“ weltweit auf positive Resonanz gestoßen - zu Recht: Der Plan, der schmerzhaft Kompromisse für Israelis wie Palästinenser vorsieht, zeugt von einer Überwindung alter Gräben.

Spätestens seit dem Ende offizieller Nahostverhandlungen vor nun bald drei Jahren im ägyptischen Seebad Taba galt das Scheitern der Friedensgespräche in aller Welt als vollendete Tatsache. Spätestens gestern musste die Welt zur Kenntnis nehmen, dass die Gespräche auf nicht-staatlicher Ebene weitergingen - mit dem Ergebnis eines Friedensplans, den die „Genfer Initiative“ jetzt vorstellte. Gewicht hat dieser Plan, weil er, anders als die „Roadmap“ des Nahostquartetts USA, EU, UN und Russland, von den Betroffenen selbst entwickelt wurde: Federführend wirkten der frühere israelische Minister Jossi Beilin und der frühere palästinensische Minister Jassir Abbed Rabbo mit - beide hatten die Friedensgespräche von den Anfängen in Oslo bis zum Treffen von Taba begleitet. Erstmals werde damit „eine detaillierte und umfassende Lösung vereinbart, die die strittigsten Fragen klärt“, erklärten die Initiatoren gestern zu den Kernpunkten des Plans:

- Proklamation Palästinas: Ein Palästinenserstaat wird im Gazastreifen und auf 98 .Prozent des Westjordanlands proklamiert. Er ist demilitarisiert, wird aber durch eine multinationale Truppe gesichert.
- Flüchtlingsrückkehr: Die Palästinenser verzichten auf das Rückkehrrecht von rund 3,6 Millionen Flüchtlingen von 1948 auf jetzt israelisches Gebiet. Nur rund 30 000 dürfen zurückkehren, die Worte „Rückkehr“ oder „Recht auf Rückkehr“ kommen in dem Dokument nicht vor.

- Rückzug Israels: Israel zieht sich auf die Grenzen vor dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 zurück. Einige der jüdischen Siedlungen werden abgerissen, 75 Prozent der jüdischen Siedler bleiben aber in den Palästinensergebieten und werden dort unter israelischen Schutz gestellt. Im Gegenzug erhält Palästina israelisches Territorium an der Grenze zum Gazastreifen.

- Status Jerusalems: Arabische Bezirke Ostjerusalems gehören zu Palästina, dabei kommen die heiligen Stätten des Tempelbergs unter internationale Aufsicht. Jüdische Bezirke und angrenzende Siedlungen gehören zu Israel.

Vor allem dieser Punkt nährt Friedenshoffnungen. Denn die Genfer Gespräche werden mit Billigung von Palästinenserchef Jassir Arafat geführt, der die Verhandlungen von Taba im Januar 2001 noch an der Flüchtlingsfrage hatte scheitern lassen. Weltweit stieß der Plan denn auch auf positive Resonanz: UN-Generalsekretär Kofi Annan sprach von einem „mutigen Versuch, starre Fronten aufzubrechen“. US-Außenminister Colin Powell lobte den Plan als „Beitrag für den Frieden“, EU-Chefdiplomat Javier Solana sagte die Unterstützung Europas zu. Zu den Unterzeichnern der Genfer Erklärung zählen unter anderem der frühere US-Präsident Jimmy Carter, der einstige deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher und der ehemalige Präsident der Sowjetunion, Michail Gorbatschow. Auf Kritik stieß das Papier außer bei palästinensischen Extremisten bei Israels Premier Ariel Scharon. Er ließ mitteilen, der Genfer Plan laufe auf einen „Selbstmord“ Israels hinaus. Umstritten ist der Plan auch in der israelischen Bevölkerung: In einer Umfrage der Zeitung „Haaretz“ befürworteten ihn 31 Prozent, 38 Prozent lehnten ihn ab. 59,8 Prozent sprachen sich für die Räumung jüdischer Siedlungen aus, die Scharon kürzlich als Element eines eigenen „Friedensplans“ in Aussicht gestellt hatte. Allerdings glauben nur 15,6 Prozent, dass es sich bei Scharons Vorschlag um eine „seriöse Initiative“ handelt.

-----

## Die Juden als Patrioten

Nach Abschluß der Arbeit „Ich bin ein Täter ...“ geriet mir beim Staubsaugen das Buch „Am Ende der Philosophie“ von Ludwig Freund aus dem Jahr 1930 ins Blickfeld. Freund, der selber den Nationalsozialisten durch Übersiedlung in die USA ausgewichen war, habe ich in anderen Texten von mir aus anderen Schriften zitiert. Hier in dieser Schrift fand ich zwei Zeitungsartikel zu einer Ausstellung „Deutsche jüdische Soldaten 1914 - 1945“. Mir erscheinen die Berichte so wichtig, daß ich den Anhang damit erweitere. Der erste Bericht ist aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 28. / 29. 5. 1983 und der zweite aus der EZ vom 5. Juni 1983. „EZ“ - so leite ich es von den Inhalten der Leserbriefe auf der Rückseite ab - heißt wohl „Evangelische Zeitung“. Ich hätte gerne die gezeigten Bilder und Plakate aus der Ausstellung nach hier übertragen, aber a) hat die Vergilbung die technisch nicht guten Bilder noch verschlechtert und b) reichen meine Kenntnisse des Bildbearbeitungsprogrammes nicht aus, um meine Absicht zu realisieren. Die weiter unten folgende Beschreibung ist ein Behelf.

### Der Undank war ihnen gewiß

#### Die Ausstellung „Deutsche jüdische Soldaten 1914-1945“

Der Undank des Vaterlandes war ihnen gewiß. Im ersten Weltkrieg haben die damals 550 000 deutschen Juden 100 000 Soldaten gestellt, von denen vier Fünftel an der Front eingesetzt waren und 12 000 gefallen sind. Das hat die Überlebenden oder die Angehörigen nicht davor geschützt, nach 1933 erst diskriminiert, dann ermordet zu werden. An dieses fast unbekannte Kapitel der deutschen Militärgeschichte erinnert eine vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr zusammengestellte Wanderausstellung über „Deutsche jüdische Soldaten 1914 -1945“, die bis zum 10. Juni in der Ehrenhalle des Wehrbereichskommandos II an der Hans-BöcklerAllee zu sehen ist (geöffnet von 10 bis 17 Uhr).

Bilder, Zeitungsausschnitte, Regimentsgeschichten, Briefe, Flugblätter, Aktenstücke, Gesetzestexte und nicht zuletzt Todesanzeigen geben einen Überblick über die gesamte Problematik, aber auch über individuelle Lebensgeschichten, in denen, trotz aller ehrenvollen Auszeichnungen zwischen 1914 und 1918, nach 1940 unweigerlich immer wieder die Konzentrationslager auftauchen. Unter dem militärgeschichtlichen Aspekt wird aber auch die Frage nach dem Selbstverständnis der deutschen Juden vor 1933 aufgeworfen und nach der Rolle, die die christliche Mehrheit ihnen zuwies. Es ist die Geschichte eines Integrationsprozesses, der gewaltsam abgebrochen wurde.

Wie aus den ausgestellten Belegen deutlich wird, haben die Juden den ersten Weltkrieg als Chance begriffen, ihren Mitbürgern zu zeigen, daß sie sich als Deutsche fühlten, wollten sie durch Opfermut die gesellschaftlichen Fesseln abstreifen, die das Kaiserreich ihnen noch anlegte. Die jüdische Presse wurde daher nicht müde, immer wieder Heldentaten von Juden im Felde herauszustreichen. Deutlich wird aber auch, daß die deutschen Antisemiten sich in ihrer Meinung nicht durch Tatsachen beirren lassen wollten. Für sie waren die Juden „feige“ und mußten es auch bleiben, weil nur ihre Abwertung ihre fortdauernde Diskriminierung rechtfertigte.

Nach 1919 hatten die Juden zwar gesetzlich die Gleichberechtigung errungen, die antisemitischen Angriffe aber verschärften sich noch. Nicht zuletzt zu ihrer Abwehr wurde im Februar 1919 der „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ gegründet, der bald 30 000 Mitglieder umfaßte. Der Verweis auf die jüdischen Leistungen im Kriege diente dazu, die endlich errungene Emanzipation zu begründen und zu verteidigen. Politisch war die Mehrheit der Juden wohl durchaus rechts eingestellt - was aber nicht hinderte, daß sie von rechts diffamiert und verleumdet wurden.

Gleich nach Hitlers Machtübernahme begann auch die Wehrmachtsführung Juden zu diskriminieren, obwohl sie gesetzlich noch gar nicht dazu gezwungen war. 1935 wurden Juden von der Wehrpflicht ausgeschlossen, „Mischlinge“ wurden zwar einberufen, durften aber nicht Vorgesetzte werden, ab 1940 konnten nur noch Vierteljuden aktiv sein. Zwar hat es immer wieder einzelne Offiziere gegeben, die sich schützend vor Juden stellten, offiziell aber hat die Wehrmacht den rassenideologischen Kurs der Partei widerspruchslos mitgemacht.

Und schließlich wird in dieser Ausstellung auch ein wenig verständlich, warum so viele Juden ihr Schicksal widerspruchslos akzeptiert haben. Großgeworden in der Tradition des Kaiserreichs, das zwar autoritär und antisemitisch war, aber auch ein Rechtsstaat, konnten sie sich nicht vorstellen, daß es Hitler mit ihrer Vernichtung wirklich ernst war. Obrigkeitstgläubig wie die Mehrheit der christlichen Deutschen auch, trauten sie selbst der NS-Regierung keine Verbrechen zu. Hans Apel, der damalige Verteidigungsminister, hat es 1979 so formuliert: „Manche deutschen Juden hätten sich vor den Konzentrationslagern und Gaskammern der Nationalsozialisten retten können, wenn sie nicht vertraut hätten, durch ihr Eisernes Kreuz, durch ihren tapferen Einsatz für das Vaterland geschützt zu sein.“

Ekkehard Böhm

Das beigefügte Bild von einer Parade der Reichswehr trägt die Unterschrift:  
*Für das Vaterland sterben durften alle, Arier und Juden ...*

## Vom Scheitern der Emanzipation

Der verzweifelte Patriotismus deutscher Juden  
und das grausame Ende in Gaskammern

„Deutsche jüdische Soldaten 1914 -1945“, diese Wanderausstellung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr ist jetzt, nach verschiedenen Stationen in der ganzen Bundesrepublik, in Hannover zu sehen. Die Ausstellung „erinnert an die 100000 deutschen Soldaten jüdischen Glaubens, die im Ersten Weltkrieg tapfer für ihr Vaterland gekämpft haben und die nach 1933 unbarmherziger Verfolgung ausgesetzt waren. In Schrift und Bild dokumentiert die- Ausstellung ihre Loyalität und hohen Verdienste; als Soldaten und Staatsbürger sind sie vorbildlich für ihren Staat eingetreten“. Dieser Ausschnitt aus dem Geleitwort des damaligen Verteidigungsministers Apel läßt die Intention der Ausstellung erkennen: Es geht um Rehabilitation. Sicher wäre es von der Bundeswehr zuviel verlangt, daß sie in einer von ihr verantworteten Ausstellung die grundsätzliche Gefährlichkeit von Militarismus und Patriotismus dokumentiert.

Und so liegt der Wert dieser Schau auch im wesentlichen darin, daß sie ein Scheitern aufzeigt,

das gescheiterte Bemühen der deutschen Juden, durch soldatischen Einsatz und Opferbereitschaft die volle bürgerliche und gesellschaftliche Anerkennung zu erlangen. „Ich bin als Deutscher ins Feld gezogen, um mein bedrängtes Vaterland zu schützen. Aber auch als Jude, um die volle Gleichberechtigung meiner Glaubensbrüder zu erstreiten.“ So schrieb der jüdische Leutnant Josef Zürndorfer. Der Satz kann als klassisches Zitat angesehen werden. Aber mit beiden Anliegen sind er und seine jüdischen Kameraden gescheitert: Das bedrängte Vaterland wußte ihnen für ihren Einsatz keinen Dank, die Gleichberechtigung blieb auch in der Weimarer Zeit weitgehend eine leere Formel.

Kann man zumindest noch verstehen, daß die jüdische Bevölkerung 1914 glaubte, durch die allgemeine patriotische Hochstimmung zur endgültigen Emanzipation zu gelangen, so berührt es den Besucher der Ausstellung doch merkwürdig, wenn er lesen muß, daß auch noch im Oktober 1933 der Reichsbund jüdischer Frontkämpfer meinte, durch „völkische“ Sympathiebekundungen den Antisemitismus der Nazis beschwichtigen zu können (s. Foto oben rechts). „Manche deutsche Juden hätten sich vor den Konzentrationslagern und Gaskammern der Nationalsozialisten retten können, wenn sie nicht darauf vertraut hätten, durch ihr Eisernes Kreuz, durch ihren tapferen Einsatz für das Vaterland geschützt zu sein“, bemerkte Hans Apel in einem Vortrag dazu.

Bedauerlich bleibt, daß in dieser Bundeswehrausstellung nur über diejenigen jüdischen Frontsoldaten berichtet wird, die auch nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ungebrochen zu Ihrem militärischen Einsatz gestanden haben und auch weiterhin auf ihre nationale Gesinnung stolz waren. Die „vaterlandslosen Gesellen“, die als erklärte Pazifisten aus den Schützengräben nach Hause kamen, werden in dieser Dokumentation ausgeklammert. Hier wird deutlich, daß die gezeigten Schicksale recht einseitig ausgewählt worden sind. Es bleibt das Verdienst des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, zum ersten Mal den Versuch gemacht zu haben, diesen Bereich deutscher Geschichte aufzuarbeiten. Ob es reicht, „über den Rahmen einer Information zu einer Rehabilitation der deutschen jüdischen Soldaten zu dienen“, wie es in dem Ausstellungskatalog heißt, ist zu bezweifeln. Es ist überhaupt zu bezweifeln, ob dies die Aufgabe so einer Ausstellung sein kann.

Gerhard Bovenschulte

Dem Artikel sind fünf Abbildungen beigelegt.

1. Links oben: Ein Plakat mit einer trauernden Frau an einem Grab mit Eisernem Kreuz. Textinhalte: „An die Deutschen Mütter!“ „12000 jüdische Soldaten sind für das Vaterland auf dem Felde der Ehre gefallen.“ „Christliche und jüdische Helden haben gemeinsam gekämpft und ruhen gemeinsam in fremder Erde.“ „12000 Juden fielen im Kampf! Blindwütiger Parteihass macht vor den Gräbern der toten nicht halt.“ „Deutsche Frauen duldet nicht, daß die jüdische Mutter in ihrem Schmerz verhöhnt wird.“ „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten E.V.“

2. Links unten: Bildunterschrift: „Jüdischer Friedhof in Hannover: Grabinschrift im Stil der Epoche.“ Text u. a.: „Emil GRAWI GEB. 22. März 1877 / GEST. 20. März 1915 / IN BOHAIN (FRANKREICH) / IN TREUER PFLICHTERFÜLLUNG FÜR SEIN GELIEBTES VATERLAND“

3. Mitte: Ein Grabstein. Bildunterschrift: „Davidstern und Eisernes Kreuz: Die Verschmelzung beider Symbole kennzeichnen das Anliegen der deutschen jüdischen Soldaten, ihrer Angehörigen und der Gemeinden.“

4. Oben Rechts: Ein Plakat oder Flugblatt: Inhalt: „Der Schild“ mit Emblem „RJF“ / „Kameraden! Es geht um Deutschlands Ehre und Lebensraum. Da übertönt in uns e i n Gefühl alles andere. In altsoldatischer Disziplin stehen wir mit unserem deutschen Vaterland bis zum Letzten!“ „Dr. Löwenstein, Hauptmann d. R. (. Bundesvorsteher oder so ähnlich. d.V.) „Die Stellungnahme des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten ist der Reichsregierung übermittelt worden.“ / Bildunterschrift: „Pathetische Appelle sollten helfen, der antisemitischen Hetze der nationalsozialistischen Zeitungen entgegen zu wirken.“

5. Ausschnitt aus einer Gedenktafel. / Bildunterschrift: „92 Mitglieder verlor die Synagogengemeinde in Hannover 1914 - 1918 auf dem „Feld der Ehre“. Ausschnitt aus der Gedenktafel in der Friedhofskapelle.“

-----  
=====

R.... B...

Haifa, den 10.4.1982

Haifa, Israel

Liebe K..., liebe S..., liebe Klassengefährten!

Herzlichen Dank für Eure Einladung zu der 50. Jubiläumsfeier unseres Abiturs.

Da ich an unserer Haifaer Universität als freie Zuhörerin Kurse über die Wissenschaften des Judentums höre, die mich sehr beschäftigen, kann ich leider in dieser Zeit keine Auslandsreise unternehmen, und so soll dieser Brief ein Gruss für Euch alle sein von der kleinen, lebensfremden R... von damals, die in Gedanken mit Euch feiert.

Ich denke noch gerne an den schönen Klassentag, den Gertrud V... mir zu Ehren im Jahre 1975 bei sich zu Hause veranstaltete. 50 Jahre bedeuten eine sehr lange Periode in jedem Menschenleben, und wir alle hatten Kathastrophen zu überstehen. Um so mehr freute ich mich, auf diesem Treffen die alten Kameradinnen von damals wieder zu sehen und zu erleben, dass doch zwischen uns viel Gemeinsames besteht. Trotzdem bleibt für mich das Hitler Trauma ein Angsttraum.

Aber wir waren ja während der Weimarer Zeit im Gymnasium, und ich habe in meiner Schulzeit viele deutsche und geistige Werte in mich aufgenommen und nie vergessen.



Auch in der Weimarer Zeit war es für einen Juden nicht einfach, in Deutschland zu leben, das damals Hegels absoluten Geist der deutschen (d.h. protestantischen) Völker hervorhob. Und nach dem Abi besuchte ich dann noch in Hannover die Christlich Soziale Frauenschule. Ich musste also immer für mich, ohne irgend eine äussere Hilfe, eine Synthese finden zwischen 3 Kulturen, die neben einander auf mich einwirkten: Mein Judentum, das christliche Deutschtum und das klassische Altertum. Das war wohl damals die Situation aller Juden in Deutschland.

Interessant ist mir deshalb ein Kurs, an dem ich gerade teilnehme. Der Professor ist übrigens ein Jude aus Deutschland, der in einem Kibbuz lebt. Das Thema: Die Jüdische Philosophie des 19. Jahrhunderts. Ich lernte zu meinem Erstaunen, dass von der Aufklärung an bis zu der Kristallnacht Deutschland das geistige Zentrum des Judentums war, und somit alle vom deutschen Denken beeinflusst wurden.

Irmgard Herrmanns und Isa Bening, die mich in Haifa besuchten, sahen meine Büchergestelle mit einer ganz guten Abteilung deutscher Bücher. Im Jahre 1935 wanderten die jungen Juden aus Deutschland gewöhnlich nach Palaestina, heute Israel, aus mit einer Holzkiste. Ich dagegen nahm 2 mit. Eine enthielt meine Kleidung und mein Bettzeug, und die andere meine Bücher, die dann im Laufe der ersten Jahre in Israel sehr dezimiert wurden durch zwei Überschwemmungen, bei der ersten trat ein Wadi über sein Ufer, und die zweite wurde verursacht durch einen Rohrbruch in meiner Wohnung. Da aber damals viele deutschen Juden hier einwanderten und ihre deutschen Bücher mit sich brachten, konnte ich später das mir Fehlende hier antiquarisch nachkaufen.

Im Augenblick liebäugle ich mit einer Sommerreise nach Deutschland, und falls sie zu Stande kommt, will ich auch einige Tage in Hannover verbringen in in einem Hotel am Bahnhof wohnen, die alten, mir lieben Stätten wieder sehen, und Bahnreisen machen nach Goslar, das ich nicht kenne, und nach Hameln und Hannoversch Münden. Ich hoffe, dass wir uns dann alle an Eurem Stammtisch in der Hildesheimer Strasse treffen werden. Es wäre schön, Euch alle wieder zu sehen.

Werdet Ihr mich erkennen nach so -vielen Jahren? Grösser und schöner bin ich inzwischen nicht geworden, dagegen weiss und dicklich.

Alles Gute!

Eure R.

Anmerkung von T.A.:

Am 28. September 2003 verstarb meine Wahlverwandte Isa (Luise) Bening, die am 12. September 1913 in Hannover geboren wurde und zusammen mit der Briefschreiberin 1932 das Abitur machte. Im Nachlaß von I. B. Fand ich diesen Brief von R. B. aus Haifa. Isa Bening, die nicht im aktiven Widerstand gegen den Nationalsozialismus stand, wohl aber in einer Position der distanzierenden Ablehnung, die ihr z. B. das gewünschte Studium zur Mathematiklehrerin gekostet hat, war mir in unserer fast einem halben Jahrhundert dauernden Wahlverwandtschaft auch immer eine um Objektivität bemühte Zeitzeugin. Mit diesen Brief den Anhang nochmals zu erweitern, ist mir aus drei Gründen wichtig:

1. Wir Deutschen, die wir das Recht auf Heimat betonen, haben den deutschen Juden auch die geistige Heimat genommen.
2. Es stellt sich die Frage: Bestand nur für die Juden in der Weimarer Zeit die gedankliche Enge durch geistige und geistliche Herrschaftsansprüche? Ist es dem Freidenker oder dem Katholiken, den Protestanten in der jeweiligen Diaspora besser ergangen?
3. Und dann auch hier wieder das Zeugnis, daß „bis zu der Kristallnacht Deutschland das geistige Zentrum des Judentums war“. (Ich habe dazu im Haupttext Nahum Goldmann zitiert.) Hier ergeben sich zwei Fragen: a) Wie erklärt sich der Widerspruch zu der Aussage: „Auch in der Weimarer Zeit war es für einen Juden nicht einfach, in Deutschland zu leben, das damals Hegels absoluten Geist der deutschen (d.h. protestantischen) Völker hervorhob.“ b) Wenn sich dieses geistige Zentrum für die Juden in Deutschland entwickeln konnte, können die Juden in der Zeit bis Hitler nicht als Bedrohung empfunden worden sein. Was ist wirklich geschehen, daß die Deutschen die schützende Hand von den Juden zurückzogen?

Ende Anhang

Zurück zum Haupttext